

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Breis pränumerando:
Bietzeit 3.30 RM. monatl. 1.10 RM.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Nummern...

Telegraphisch:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Dienstag, den 30. März 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Abwehr der russischen Offensiv-Vorstöße in den Karpathen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Karpathenkämpfe.

Wien, 29. März. (W. L. Z.) Die Kriegsberichterstattung der Montagsblätter melden: Die Karpathenkämpfe westlich Ujfal u. a. m. dauern mit unerminderter Festigkeit an.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 29. März. (W. L. Z.) Gestern abend wurde amtlich mitgeteilt: Von der ganzen Front ist nichts Wichtiges zu melden.

Feindliche und deutsche Flieger in Aktion.

Paris, 28. März. (W. L. Z.) Heute nachmittag wurde amtlich bekanntgegeben: Belgische Flieger haben das Fliegerlager Ghislées bei Brüssel mit Bomben besetzt.

Zur Einberufung der französischen Jahresklasse 1917.

Paris, 28. März. (W. L. Z.) Mitternachtsauftrag zufolge wird dem Heeresauschuss der Kammer noch vor der Kammerdebatte über den Gesetzentwurf, betreffend Einberufung der Jahresklasse 1917 ein Bericht über den Gegenantrag vorgelegt werden.

Der türkische Krieg.

Vom kaukasischen Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 29. März. (W. L. Z.) Zuverlässigen Privatnachrichten vom kaukasischen Kriegsschauplatz zufolge, unternahm vorgestern russische Kavalerie und Infanterie Angriffe gegen die türkischen Truppen südlich des Flusses Arax.

Aus Medina wird unter dem 29. März gemeldet: Ein vor russischen an der Küste von Medina verankertes Kriegsschiff feuerte einige Granaten gegen die Stadt und verfeuerte, etwa 80 Soldaten zu landen.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 29. März 1915. (W. L. Z.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Tag verlief auf der ganzen Westfront ziemlich ruhig, nur im Argonnerwalde und in Lothringen fanden kleine, für uns erfolgreiche Gefechte statt.

Generaloberst von Kluck wurde bei Besichtigung der vorderen Stellungen seiner Armee durch einen Schrapnellschuß leicht verwundet; sein Befinden ist zufriedenstellend.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Tauroggen wurde von unseren Truppen im Sturm genommen, 300 Russen wurden gefangen genommen.

An der Bahn Wirballen-Kowno brach bei Pilwizki ein russischer Angriff unter schwersten Verlusten zusammen.

In Gegend Krasnopol machten wir über 1000 Gefangene, darunter eine Eskadron Garde-Ulanen mit Pferden, und erbeuteten 5 Maschinengewehre.

Ein russischer Angriff nordwestlich von Ciechanow wurde abgewiesen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 29. März. (W. L. Z.) Amlich wird verlautbart: 29. März 1915:

Die Kämpfe in den Karpathen dauern fort. Ein gestern durchgeführter russischer Angriff auf die Höhen westlich Vanhavoelgy wurde nach mehrstündigem Kampfe unter großen Verlusten für den Feind zurückgeschlagen.

An der Front in Südost-Galizien Geschützkampf. Russische Kräfte, die östlich Jaleszcyki über den Dneestr vorstießen, wurden nach heftigem Kampfe über den Fluss zurückgeworfen.

In Russisch-Polen und Westgalizien stellenweise Geschützkampf. Ein russischer Nachtangriff an der Ljesina in Polen scheiterte vollkommen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hoefler, Feldmarschalleutnant.

Paris an den Wali von Smyrna, wonach England Freundschaft für die Muselmanen hege, schlecht zusammenstimme.

Der Kommandant der Bachtärenkrieger in Persien ist mit dem Großorden des Medschidie-Ordens ausgezeichnet worden.

Der Angriff auf die Dardanellen.

Kopenhagen, 29. März. (T. U.) Die „Nationaltidende“ meldet aus London: Die Vorbereitungen zu einem entscheidenden Angriff auf die Dardanellen werden energisch fortgesetzt.

Athen, 28. März. (W. L. Z.) Aus Lenodos wird telegraphiert, daß die englischen und französischen Truppen Lemnos geräumt haben: sie hätten sich auf einer großen Transportflotte eingeschifft und wären, begleitet von englischen Kreuzern, mit unbekanntem Ziel abgefahren.

Die Lebensmittelfrage.

Nach der amtlichen Verlautbarung ist der Bedarf der Bevölkerung Deutschlands an Wehl bis zur nächsten Ernte gedeckt, allerdings nur bei einer Tagesration von 200 Gramm pro Kopf.

Nun ist ein Quantum Wehl von 200 Gramm pro Kopf sehr knapp. Und es fragt sich, ob nicht eine rationelle Einteilung der Vorräte unter Berücksichtigung des Bedarfs der Menschen, die schwere körperliche Arbeit zu leisten haben, dringend notwendig ist.

Eine zweite, nicht minder wichtige Aufgabe ist eine Regulierung des Brotpreises. Es wird offiziös gemeldet, daß die Kriegsgetreidegesellschaft beschlossen hat, vom 1. April ab die Preise für Wehl herabzusetzen.

Nun der Brotpreis. Wenn in Berlin in den kleineren Bäckereien 25 Pf. für das Pfund Brot gefordert wird, so ist das selbst bei dem bisherigen Wehlpreise sündhaft teuer.

Der beste Beweis ist, daß der Konsumverein zu 21 Pf. verkauft und dabei ein vorzügliches Brot liefert, während die Bäder zurzeit vielfach ein minderewertiges Brot herstellen.

hohen Wassergehalt, das Gewicht des Brotes steht im schlechten Verhältnis zu dem Mehlgehalt. Das Ganze läuft also auf eine Ueberboreitung der Konsumenten hinaus. Um ihr zu steuern, muß allerdings dafür gesorgt werden, daß die Bäckerkartoffelmehl erhalten. Hier zeigt sich, daß die zweite privatwirtschaftliche Gesellschaft, die Troden-Kartoffel-Verwertungs-Gesellschaft, der Monopolcharakter verliehen wurde, vollständig verjagt hat: sie ist nicht entfernt in stande, das Produkt zu liefern. So, wie bisher, kann es nicht weitergehen und die Konsumenten werden eingreifen müssen.

Es liegt zweifellos die Möglichkeit vor, die Mehlpreise ganz erheblich herabzusetzen und noch viel stärker die Brotpreise. Können oder wollen die Bäcker es nicht, dann müssen sie ausgeschaltet werden. Die privaten Großbetriebe und die Konsumvereine sind in stande, genügend Brot herzustellen. Zwingt die Not dazu, die Brotaktionen knapp zu halten, so liegt umso mehr Grund vor, dieses Brot so billig wie möglich zu liefern, damit die Konsumenten andere Lebensmittel kaufen können. Die Möglichkeit liegt vor, selbst bei dem hohen Getreidepreise, den man jetzt nicht mehr reduzieren kann; es gilt nur den Brotpreis mit diesem in Einklang zu bringen. Es wäre ein bitterer Hohn auf die so überauswichtig gepriesene wirtschaftliche Organisation, wenn es nicht gelingen sollte, das durchzusetzen.

Die zweite dringende Aufgabe ist die Regelung der Kartoffelversorgung. Hier läßt man immer noch die Zügel am Boden schleifen. Es ist gar keine Frage, daß — nachdem endlich der Verfall von Getreide Einhalt getan ist — Kartoffeln in ungeheuren Mengen versüßert werden. Geht es nur noch ein paar Wochen so weiter, so können wir sicher sein, daß ein unheimlicher Mangel an Speisekartoffeln sich einstellen wird. Anderen Ersatz für das mangelnde Brot gibt es aber nicht für die großen Massen der Bevölkerung. Hier ist Gefahr im Verzuge. Noch ist es Zeit, aber wohl die allerhöchste Zeit, über die Vorräte zu disponieren. Selbstverständlich gilt es dabei auch, den Preis zu normieren. Die Annahme, daß die hohen Preise, die jetzt gezahlt werden, die Landwirte abhalten, Kartoffeln zu versüßern, ist absolut haltlos. Andere Futterstoffe sind nicht zu haben, oder nur zu phantastischen Preisen und daher werden jetzt Kartoffeln nicht nur an Schweine, sondern auch an Rinder und Pferde verfüttert.

Es kann also keine zwei Meinungen mehr geben: das einzige Mittel ist Beschlagnahme der Kartoffelbestände, soweit sie für menschliche Nahrung notwendig sind. Dann müssen die Landwirte sehen, wieviel Vieh sie noch durchhalten können, bis der Weidengang beginnt, alles übrige muß geschlachtet werden.

Aber auch bei dieser leider unvermeidlichen Reduktion der Viehbestände muß planmäßig vorgegangen werden. Auch hier sind Fehler gemacht worden, die schier unbegreiflich erscheinen. Noch im Dezember, als es gar keinem Zweifel mehr unterliegen konnte, daß die Futterfrage überaus kritisch steht, erließ der Bundesrat eine Verordnung, die die Landeszentralbehörden ermächtigt „für das Schlachten von Schweinen und Küthern Beschränkungen anzuordnen“. Am 23. Dezember erließ dann auch der preussische Minister für Landwirtschaft das Verbot „des Schlachtens von trächtigen Sauen“. Leider teilte er den Landwirten nicht mit, wie sie die Ferkel ernähren sollen. Jetzt stehen die Dinge so, daß es sich fragt, wie die Milchkuhe und die Arbeitstiere durchgehalten werden sollen, und wenn nicht bald nach dieser Richtung durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden, die vorhandenen Futtermittel planmäßig verteilt werden, werden sich sehr schlimme Konsequenzen ergeben.

Dabei stellt sich nun die Ungeheuerlichkeit heraus, daß die Fleischpreise statt zu sinken, weil mehr geschlachtet werden muß, steigen. Die wohlgemeinten Ratsschlüsse zur Aufstapelung von Dauerware führen infolge der Planlosigkeit, mit der vorgegangen wird, dazu, daß die Viehhändler, die im Gegenzug zu den Kommunalverwaltungen sehr planmäßig vorgehen, den Markt terrorisieren: sie drücken systematisch die Preise bei den Landwirten und schrauben die Preise auf den Viehmärkten in die Höhe. Wird diesem Treiben nicht bald Einhalt getan, dann werden wir unser blaues Wunder an den Fleischpreisen erleben.

Wir sind der Ueberzeugung, daß die Volksernährung bis zur nächsten Ernte sichergestellt werden kann. Bedingung ist jedoch, daß systematisch und mit aller Energie die notwendigen Maßnahmen durchgeführt werden. Leider können wir nicht sagen, daß dies geschieht.

Die Mehlpreiserhöhung der Kriegsgetreide-G. m. b. H.

Gegenüber der Forderung weiterer Preiserhöhung für Mehl wird offiziös mitgeteilt: Bei der Preisnormierung durch die Kriegs-Getreide-Gesellschaft spielen zahlreiche unsichere Faktoren mit. Selbstverständlich hat die R.-G. nicht den Zweck, Geld zu verdienen oder irgendeinen Nutzen für das Reich herauszuwirtschaften. Auf der anderen Seite muß sie ebenso selbstverständlich Verluste zu vermeiden suchen. Bei der Schwierigkeit der Berechnung ist es nun aber unmöglich, die Preise so festzusetzen, daß das Beispiel glatt ausgeht. So zum Beispiel verändern sich die Getreidepreise durch die Reports; die Frachten lassen sich nicht übersehen und ebenso wenig die Provision. Ein weiterer Faktor der Unsicherheit liegt in dem Umstand, daß man nicht wissen kann, welche Mengen Getreide getrocknet werden müssen. Unter Berücksichtigung aller dieser Verhältnisse können die Mehlpreise, wie sie jetzt festgesetzt worden sind, eben nur als ein vorläufig angehängt werden, und es ist in Aussicht genommen, sie noch weiter herabzusetzen, sobald die Möglichkeit dazu vorliegt. Freilich werden noch mindestens vier bis sechs Wochen vergehen, ehe sich die Verhältnisse übersehen lassen.

Die Mehlpreise.

Die Organe der Landwirtschaft behaupten, daß die Herabsetzung der Höchstpreise durch die Kriegsgetreide-Gesellschaft eine erhebliche Herabsetzung gegenüber den letzten Mehlpreisen im freien Handel bedeuteten. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß die häufigsten Großbezugspreise für Mehl nach den Berechnungen des preussischen Statistischen Landesamts im Durchschnitt der 50 bedeutendsten preussischen Markorte betragen für:

Weizenmehl im Februar 1909: 30,4, im Februar 1910: 31,3, 1911: 28,3, 1912: 31,0, 1913: 30,8, 1914: 29,4, Januar 1915: 44,9, und im Februar 1915: 46,5 R.; Roggenmehl im Februar 1909: 25,0, im Februar 1910: 23,4, 1911: 21,6, 1912: 26,0, 1913: 25,3, 1914: 24,2, im Januar 1915: 37,5 und im Februar 1915: 41,3. Das bedeutet also gegenüber dem Ende 1909 eine Preissteigerung von 14,50 R. oder fast 60 Proz. bei Weizenmehl und von 16,50 R. oder 65 Proz. bei Roggenmehl.

Liman v. Sanders zum Kommandeur der Dardanellenarmee ernannt.

Nichtamtlich. Konstantinopel, 20. März. (W. Z. V.) Durch kaiserliches Träde ist angeordnet worden, daß die an den Dardanellen und in ihrer Umgebung zusammengezogenen ottomanischen Streitkräfte fortan eine Armee und zwar die fünfte zu bilden haben, deren Oberbefehl dem Marschall Liman von Sanders, dem früheren Oberbefehlshaber der ersten Armee, anvertraut worden ist.

Tenedos von den Engländern besetzt.

Athen, 20. März. (W. Z. V.) Es wird bestätigt, daß die Engländer Tenedos besetzt und die Zensur für alle Telegramme eingeführt haben.

Ersetzung des ägyptischen Eisenbahnpersonals durch Engländer.

Mailand, 20. März. (W. Z. V.) Nach einer Meldung der „Italia“ hat die ägyptische Regierung aus Mißtrauen gegen die Einheimischen das gesamte Eisenbahnpersonal durch Engländer ersetzt.

Der Seekrieg.

Gerammte Unterseeboote?

Amsterdam, 20. März. (W. Z. V.) „Telegraaf“ meldet aus Rotterdam vom 28. d. Mts.: Der Kapitän des Partischboots „Brussel“ nahm heute nachmittags nach 1 Uhr auf der Fahrt nach Rotterdam westlich des Maasleuchtschiffes wahr, daß ein Unterseeboot in gleicher Richtung mit ihm fuhr. Der Kapitän gab sofort Vollampf, so daß der Dampfer 17 Knoten erreichte, und eröffnete das Feuer. Er löste etwa 30 Schüsse auf das Unterseeboot. Dieses fuhr quer vor dem Bug des Dampfers und tauchte, offenbar in der Absicht zu torpedieren. Die „Brussel“ folgte mit dem Steuerruder jeder Bewegung des Unterseebootes, dessen Verstoß stets sichtbar blieb. Wöllich schloß die Feiger im Kesselraum einen Stoß, und von dem Unterseeboot wurde nichts mehr gesehen.

London, 20. März. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Besatzung des Dampfers „Lizzie“, der am Sonnabend aus Dieppe in Klameth angekommen ist, erzählt über das Rammen eines deutschen Unterseebootes: Die „Lizzie“ belam bei der Insel Wight U 37 in Sicht, das Boot mit der Besatzung der torpedierten „Delmira“ im Schlepptau hatte. Sobald das Unterseeboot die „Lizzie“ sah, durchschnitt es das Schlepptau und fuhr auf die „Lizzie“ los, deren Kapitän wendete. Das Schiff fuhr mit Vollampf auf das Unterseeboot. Dieses verschwand aus dem Gesicht. Eine große Menge Del kam an die Oberfläche. Die „Lizzie“ blieb über eine Stunde in der Nähe, aber sie sah das Unterseeboot nicht mehr.

(Anm. des W. Z. V.: Dem Kapitän der „Lizzie“ scheint sehr an der Prämie, die für U-Boot ramrende Dampfer ausgesetzt ist, gelegen zu sein.)

Der Untergang des Dampfers „Vosges“.

London, 20. März. (W. Z. V.) Die Admiralität gibt folgende Einzelheiten zum Untergang des Dampfers „Vosges“ bekannt: Der Dampfer „Vosges“ wurde sechzig Meilen südwestlich von Sianno Head am Sonnabend durch das Granatenfeuer desselben Unterseebootes zum Sinken gebracht, das am Sonntag die Dampfer „Aquila“, „Dunedin“ und „Palaba“ auf der Höhe von Landsend verfolgte und auch bei Cap Clear gesichtet wurde. Die Verwundeten der „Vosges“ erzählten: Der Kapitän besah nicht das Signal des Unterseebootes und manövrierte so, daß er das Unterseeboot hinter sich hatte, so daß es nicht die Torpedos gebrauchen konnte. Nachdem ein blinder Schuß keinen Erfolg hatte, feuerte das Unterseeboot scharf. Der Dampfer fuhr mit Vollampf, aber das Unterseeboot, das neuen Typs zu sein schien, holte ihn bequem ein. Das Geschütz hatte auf eine Entfernung von dreihundert Metern eine fürchterliche Wirkung. Insgesamt wurden zwanzig Granaten abgeschossen. Der erste Wundstich wurde getötet. Alle Offiziere bis auf einen wurden verwundet; der zweite Steuerermann wurde schwer verwundet. Alles auf Deck wurde in Trümmer geschlagen. Drei Boote wurden vernichtet. Die „Vosges“ setzte jedoch die Fahrt fort. Das Unterseeboot gab nach zwei Stunden die Verfolgung auf. Ein Schuß hatte ein Loch in der Höhe der Wasserlinie verursacht; das Wasser strömte nach innen. Die Passagiere halfen bei den Pumparbeiten. Die „Vosges“ versuchte das Unterseeboot zu rammen, aber ohne Erfolg. Inzwischen wurden Feuerpeilsignale gegeben, um Hilfe herbeizurufen. Der letzte Schuß des Unterseebootes nahm die Flagge fort. Nachdem das Unterseeboot verschwunden war, setzte der Dampfer die Reise unter fortwährendem Pumpen fort. Er traf nach einer Stunde ein Patrouillenschiff, das ihn ins Schlepptau nahm. Das Schiff konnte sich aber nicht länger halten. Die Insassen bestiegen darauf die Boote und begaben sich an Bord des Patrouillenschiffes.

Vom Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“.

London, den 20. März. (Z. N.) Die „Times“ veröffentlicht in einem längeren Telegramm aus Buenos Ayres Einzelheiten über die Taten des deutschen Hilfskreuzers „Kronprinz Wilhelm“. Die Nachrichten stammen von Passagieren des Dampfers „Highland-Brace“, der am 14. Januar genommen wurde. Der deutsche Kreuzer hatte einen Kanonenschuß auf ihn abgefeuert, der den englischen Dampfer zum Hallen brachte. Dann wurde die englische Jlagge eingeholt und der Dampfer versenkt. Kurze Zeit darauf wurde der große englische Segler „Wiffri R.“, der zufällig an die Stelle dieses Vorfalls gelangt war, vom „Kronprinz Wilhelm“ gleichfalls aufgebracht und versenkt. Die Mannschaften beider Schiffe wurden auf den deutschen Hilfskreuzer hinübergebracht, wo sie bereits die Offiziere und Mannschaften zweier anderer Schiffe antrafen, des „Potare“, der am 12. Januar in Grund geholt worden war, und des Dampfers „Hemisphere“, der am 28. Dezember versenkt worden war. Kurze Zeit darauf wurde noch ein Viermastler „Semantha“ gelapert und vernichtet. Alle unfreiwilligen Passagiere des deutschen Hilfskreuzers geben gern zu, daß sie an Bord ausgezeichnet behandelt wurden.

Torpedierte Dampfer.

London, 20. März. (W. Z. V.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Dampfer „Palaba“ ist auf der Höhe von Wifford torpediert und zum Sinken gebracht worden. Es befanden sich 260 Personen an Bord, von denen 137 gerettet sind.

Die die Zeitungen mitteilen, wurde am Sonnabendabend auch der Dampfer „Aquila“ aus Liverpool auf der Höhe der Küste von Pembrokehire von einem deutschen Unterseeboot zum Sinken gebracht. 20 Mann von der Besatzung wurden heute in Fischguard gefangen.

Vertagung der französischen Kammer.

Paris, 28. März. (W. Z. V.) Wie die „Humanité“ meldet, haben die Vorstehenden der verschiedenen Kammerausschüsse beschlossen, daß die Kammer sich demnächst vertagen solle. Die Vertagung kann nötigenfalls jederzeit durch Einberufung der Kammer unterbrochen werden. Während der Vertagung werden die laufenden Kammerarbeiten wie bisher durch die Ausschüsse erledigt.

Beschlagnahme des Getreides in Frankreich.

Aus Genf wird der „Tägl. Rundschau“ unterm 27. März gemeldet: Frankreich dürfte in nächster Zeit ebenfalls zu einer Requisition des Getreides genötigt werden, eine Maßregel, welche die Sozialisten schon lange fordern. Der Finanzminister legte heute einen Besekentwurf vor, nach dem die Regierung für die Zivilbevölkerung Getreide aufkauft und zu festen Preisen abgibt, um die Preistreiber zu verhindern. Zu demselben Zwecke wurde bereits ein Kredit von 28 Millionen bewilligt, der vorzulegende Besekentwurf fordert weitere 70 Millionen.

Das Leben in Paris.

Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht auf Grund von Mitteilungen eines Schweizer, der bis zum 2. März in Paris weilte, näheres über die derzeitige Stimmung in der französischen Metropole. In dem Artikel wird u. a. gesagt:

„Ungegen vielerbreiteter Ansichten ist die Stimmung der Franzosen noch immer sehr zuversichtlich und siegesessiger; auch von einem Abflauen der Begeisterung für die Engländer ist durchaus nichts zu hören. An eine Belagerung glaubt man nicht mehr und alles verfügbare Menschenmaterial ist glaubt an die Front geschickt. Wäre es im August oder im September möglich gewesen, den deutschen Vorstoß auf Paris auszuführen, dann allerdings hätte dies eine riesengroße moralische Depression für Frankreich zur Folge gehabt. Es ist in Paris ein offenes Geheimnis, daß trotz des hohen Kriegsbudgets von 1600 Millionen Frank, die das Land alljährlich aufbrachte, im August weder Munition noch Gewehre vorhanden waren. Die Soldaten konnten mit nur je sechs Patronen versehen werden, die großen Geschütze fehlten gänzlich, nur 75-Millimeter-Geschütze waren da. Nach dem Kriege wird die mangelhafte Kriegsbereitschaft der Franzosen sicher im Lande zu unliebsamen Erörterungen führen, denn schon jetzt werden Stimmen laut, die Kriegsmilitar der letzten Jahre mühten erschossen werden! Vorläufig können sich solche Äußerungen nicht in die Presse wagen, da strengste Zensur geübt wird. Inzwischen hat Frankreich seine Fehler wieder gutmachen können, da ihm Amerika bereitwillig alles lieferte, was es notwendig brauchte, Munition, Geschütze, Waffen, Pferde usw.“

In Paris geht jetzt, bis auf wenige Ausnahmen, alles seinen gewohnten Gang. Selbst die Taxiz und Autos fahren wieder. Die Zeppelinfurcht herrscht noch immer in Paris. Darum wird die Beleuchtung in allen Straßen, mit Ausnahme der großen Boulevards, eingeschränkt. Von Sonnenuntergang an müssen die Fenster verhängt sein. Das Nachtleben hat so ziemlich aufgehört, denn die Cafés und Restaurants, in denen nur Getränke ausgegeben werden, müssen um 8 Uhr geschlossen sein und nur diejenigen, in welchen Speisen verabreicht werden, dürfen bis 9 1/2 Uhr geöffnet bleiben.

Einfuhrverzögerung für Schweizer Zeitungen in Frankreich.

Bern, 20. März. (W. Z. V.) Wie die Schweizerische Depeschentagentur von zuständiger Seite erzählt, hat Frankreich kein Einfuhrverbot für schweizer Zeitungen erlassen, sondern den Grenzbehörden nur die Weisung erteilt, daß Schweizerische Zeitungen nicht am Tage ihres Erscheinens, sondern am darauffolgenden Tag hereingelassen werden. Infolgedessen wurden gestern die Sonntagsnummern der Genfer Blätter an der Grenze nicht durchgelassen. Der Grund zu der Maßnahme der französischen Behörden ist den schweizerischen amtlichen Stellen noch nicht bekannt.

Neutralitätskundgebungen in Italien.

Kovara, 20. März. (W. Z. V.) Hier haben gestern gleichzeitig vier stark besuchte Volksversammlungen zugunsten der Neutralität stattgefunden.

Einberufung der italienischen Alpenjäger.

Basel, 20. März. (W. Z. V.) Nach italienischen Meldungen hat der König von Italien die erste Kategorie des Alpenjäger-Jahrgangs 1883 auf den 7. April für 45 Tage einberufen.

Erneute Neutralitätserklärung Bulgariens.

Sofia, 20. März. (W. Z. V.) Die Session der Sobranje wurde heute geschlossen. Vor der Verlesung der Schließungsverordnung erklärte der Ministerpräsident Radoslawow, er lege Wert darauf, seine frühere Erklärung zu erneuern und gleichzeitig zu unterstreichen, daß die Regierung bisher die strengste Neutralität beobachtet habe und weiterhin beobachten werde. Sie werde keiner Pression nachgeben und sich durch keinerlei eitles Versprechen fortziehen lassen, weil sie der Ansicht sei, daß die wirklichen Interessen Bulgariens allen Erwägungen sentimentalischer Art vorgehen mühten. Das bulgarische Volk könne Vertrauen zu seiner Regierung haben, deren Politik dem Lande nur nützlich sein werde. Bulgarien habe niemandem gegenüber Verpflichtungen. Es könne sich nicht vorzeitig binden, denn es sei sicher, in diesem Falle zu verlieren. Die bulgarische Regierung müsse sich vor jeder Verlockung, von welcher Seite auch immer, hüten. Sobald die Interessen Bulgariens verletzt werden sollten, werde die Regierung mit der gesamten Nation die notwendigen Beschlüsse fassen müssen.

Die sozialistische These von einer Balkanföderation zurückweisend, sagte Radoslawow: Diese Föderation ist unmöglich, weil es schwer ist, die Interessen der Balkanvölker zu versöhnen, die Bulgarien auslaunern, um ihm seinen letzten Wille zu entreißen. Der Ministerpräsident schloß mit folgenden Worten an die Deputierten: Sie kennen das letzte Wort der Regierung, die Bulgarien Frieden durch Neutralität geben will. Wenn es andere gibt, die mutiger und kühner sind und ihm Krieg geben wollen, so mögen sie kommen, um unseren Platz einzunehmen. (Beifall.)

Serbisch-bulgarische Verhandlungen.

Genf, 20. März. (H. Z.) „Echo de Paris“ will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß die Verhandlungen zwischen den Kabinetten in Sofia und Belgrad ihren Fortgang nehmen. Den Forderungen, die Bulgarien hinsichtlich von Konzessionen in Mazedonien stellte, hätte Serbien noch nicht im vollkommenen Maße entsprochen, doch sei eine Verständigung auf gutem Wege.

Scharmügel in Albanien.

Rom, 29. März. (W. T. V.) Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Durazzo vom 25. d. Mts.: Die Aufständischen gaben einige Kanonenschüsse ab, ohne Schaden anzurichten. Die Geschütze von Durazzo antworteten durch ein wohlgezieltes Feuer auf eine feindliche Batterie. Am 27. März morgens gab die Artillerie der Aufständischen einige wenige Schüsse ab, ohne Schaden zu verursachen. Am folgenden Tage gaben die Aufständischen ein ziemlich lebhaftes Geschützfeuer ab. Es wurde leichter Schaden an einigen Häusern angerichtet. Eine Person wurde verletzt.

Truppeneinberufungen in Spanien.

Paris, 28. März. (W. T. V.) Der „Temps“ meldet aus Madrid: Anlässlich der vom Ministerrat beschlossenen außerordentlichen Einberufung von 30 000 Mann tauchten Gerüchte auf, daß die Maßnahme infolge einer Unstimmigkeit mit einer kriegsführenden Macht getroffen worden sei. Ministerpräsident Dato dementierte diese Gerüchte energisch und erklärte, die spanische Regierung unterhalte die besten Beziehungen zu allen kriegsführenden Mächten und sei geneigt, die Neutralität strengstens zu wahren. Die Einberufung sei erfolgt, damit im Falle einer Mobilmachung diese 30 000 ausgebildeten Soldaten statt der Reserve mobilisiert werden könnten.

Der Millionenschwindel bei Kriegslieferungen.

Aus New York wird uns geschrieben:

In den Wirren des Krieges haben die Schwindler von jeher die beste Gelegenheit zur erfolgreichen Abwicklung ihrer Geschäfte gefunden. Dem gigantischen Umfang dieses Krieges entspricht auch die Ausdehnung des Schwindels, der zurzeit in den Vereinigten Staaten bei der Ausführung der Lieferungen für England, Frankreich und Rußland betrieben wird. Der Unterschied zwischen den Durchsichtereien unserer Zeit und denen, die bei früheren Gelegenheiten praktiziert wurden, ist nur der, daß der Schwindel heute in einer modernen kapitalistischen Unternehmungsform organisiert ist. Diese Unternehmungsform ist das Syndikat. Man überläßt das einträgliche Geschäft nicht mehr den Kleinen oder den Herren des Schachfeldes der Finanz; die Löwen der New Yorker Finanz selbst haben den Betrieb in die Hand genommen und sollen schon Millionen von Dollars an „Provisionen“ verdient haben.

Die Sache ist zuerst von einem der vertraulichen Agenten einer europäischen Regierung (wahrscheinlich der englischen) in der Öffentlichkeit besprochen worden. In einem Interview, das dieser Herr dem Berichterstatter der „New York Times“ gab, erklärte er, daß die Regierungen, die zurzeit Kriegsmaterialien in Amerika kaufen, schon um viele Millionen betrogen worden sind. Bei einem Auftrage für 100 000 Paar Schuhe mußten zum Beispiel für jedes Paar 25 Cents als Provision an den Agenten bezahlt werden. Dieser eine Auftrag brachte dem Vermittler mithin das schöne Summen von 25 000 Dollar ein. Noch höher war die Provision bei einem Auftrage für 150 000 Paar Schuhe und noch höher bei einem Auftrage von 250 000 Paar. Je höher der Auftrag, desto größer der Schwindel. Keineswegs geht es bei der Lieferung von Kleidung, Pferden, Geschützen und Munition zu. Die Fabrikanten, die die Provision zahlen müssen, suchen ihrerseits ebenfalls die bebrängte Lage der Regierungen auszunutzen und liefern minderwertige Produkte.

Die Provision, die man den europäischen Regierungen abfindet, beträgt nach den Versicherungen eines Chicagoer Kaufmanns 15 bis 20 Proz. Das Syndikat hat seinen Sitz in einem der ersten Hotels der Stadt New York. Es hat einen Vertreter in jeder Hauptstadt der kriegsführenden Länder wie auch in jedem Staate der Union. Sein Einfluß erstreckt sich auf die ganze Finanzwelt New Yorks. Wenn man sich erinnert, wie die New Yorker Finanz die ganze Industriewelt der Union beherrscht, wird man verstehen, wie dieses Geschäft möglich ist und wie wenig Aussicht die Fabrikanten haben, mit den Auftraggebern direkt in Verbindung zu treten. Erleichtert werden die Operationen des Syndikats auch dadurch, daß die Laufende von Regierungsagenten, die sich zum Einkauf in den Vereinigten Staaten aufhalten, meist Militärs sind, die von geschäftlichen Dingen wenig verstehen. Oft kommt ein solcher Agent in New York an und kennt keine Seele in der Stadt. Er wird gleich von den Leuten des Syndikats in Empfang genommen. Das Syndikat hat überall seine Spione, die den Hauptmachern in New York alle Bewegungen der Einkäufer berichten. Wenn die Angaben über den Gewinn dieses Provisionengeschäftes stimmen, so muß das Syndikat schon 150 bis 200 Millionen Dollar (600 bis 800 Millionen Mark) „verdient“ haben.

Der Vertrauensmann der europäischen Regierung meint wesentlich zu dieser Angelegenheit: Die Lage ist besonders beklagenswert angesichts der Tatsache, daß ich überall hier in Amerika eine überwältigende Sympathie für die Kriegsvölker, namentlich für die in Belgien, angetroffen habe. Aber das Volk Europas ist mit den Amerikanern nicht so nahe in Verbindung gekommen, wie ich seit dem Anfang des Krieges, und wenn es hört, daß die Leute hierzulande die Alliierten abschlägig betragen, wenn sie Kriegsmaterialien einkaufen, so macht dies einen Eindruck, der schwer zu verwischen sein wird. Es sind nicht einzelne Personen von geringer Bedeutung, die sich heute dieses verächtlichen Schwindels im großen schuldig machen; viele der Bestellungen, für die die größten Provisionen einfließen sind, sind durch Leute platziert worden, die in der amerikanischen Finanzwelt eine große Rolle spielen. — Umsonst ist der Tod, sagen sich die amerikanischen Finanzhauptideen und lassen sich ihre heißen Sympathien für die Alliierten glänzend bezahlen.

Namen sind noch nicht genannt worden, und die verhängten Drohungen, die der Vertrauensmann der europäischen Regierung gegen die Schwindler ausstößt, können von diesen ruhig außer acht gelassen werden. Das Syndikat beherrscht das Feld und die Konsumenten müssen sich fügen. Sie sind dazu um so mehr gezwungen, als sie ihre Kriegsgeschäfte nicht an die große Glocke hängen können. Das geheime Geschäft erzeugt den geheimen Gewinn. Sie sollen erkennen, daß das, was sie mit dem schändlichen Namen Schwindel bezeichnen, nichts anderes ist als eine neue ökonomische Kategorie — die Kriegsprovision.

Politische Uebersicht.

Zeitungs-Verbot.

Die in Passau erscheinende „Donau-Zeitung“ ist von dem stellvertretenden Generalkommando des 1. bayerischen Armeekorps auf drei Tage verboten worden; sie hatte eine Betrachtung über den Fall von Przemyśl veröffentlicht, die verletzende Angriffe gegen die österreichisch-ungarische Heeresleitung und gegen die amtliche österreichische Kriegsberichterstattung enthielt.

Die alte Pragis.

In dem kleinen Holzindustrie-Städtchen Bildruß bei Dresden hatte der sozialdemokratische Verein für den Palmsonntagmittag einen Lichtbildervortrag für Kinder arrangiert. Es sollten „ausgewählte Märchen“ und interessante Bilder vom Kriege“ geboten werden. Kurz vorher wurde die Veranstaltung vom Stadtrat zu Bildruß jedoch unmöglich gemacht und zwar mit dem Hinweis auf

eine Verordnung, die am 6. März 1913 von der Bezirkschulinspektion der Amtshauptmannschaft Meißner und den Stadträten von Meißner, Rostsch, Lommatzsch und Bildruß erlassen wurde. In dieser Verordnung heißt es:

„Wenn die Schulbehörden niemand ein Recht zugesprochen können, ohne ihre Genehmigung und Aufsicht Schulkinder und Fortbildungsschüler um sich zu versammeln und auf sie einzuwirken, so haben sie die besondere Pflicht, dafür zu sorgen, daß an den feierlichen Tagen der Schulentlassung und Konfirmation keine Unruhen (1) auf die jugendlichen Herzen einwirken, und den von der Kirche und Schule gestreuten Samen der Religion und der Vaterlandsliebe durch ganz andere Lehren zu ersäen suchen. — Es wird deshalb den Schulkindern und Fortbildungsschülern einschließl. der aus der Schule entlassenen, im fortbildungsschulspflichtigen Alter stehenden, wenn auch noch nicht formell in die Fortbildungsschule aufgenommenen jungen Leute, der Besuch jedweder Veranstaltung oder Versammlung für Konfirmanten, die nicht von den zuständigen Geistlichen oder Lehrern ausgeht oder von der königl. Bezirkschulinspektion ausdrücklich genehmigt ist, untersagt.“

Solche und ähnliche Verordnungen sind seinerzeit in ganz Sachsen erlassen. Inzwischen sind nach einer achtmonatigen Dauer des Weltkrieges diese Konfirmantenfeier-Verbote vergessen worden, wie so manches anders ähnlicher Art. Daß sie gegenüber einem harmlosen Lichtbildervortrag für Kinder — der doch keine Konfirmantenfeier ist — ihre Ausrufung feiern würden, daran hat sich von den Veranstalter keine Spur.

In einem Orte bei Chemnitz wurde, wie die „Volksstimme“ meldet, eine Arbeiter-Konfirmantenfeier von der Amtshauptmannschaft verboten. Das Blatt bemerkt dazu: „Wir hätten gedacht, daß unter dem Burgfrieden mit der Prags gebrochen wurde, der Arbeiterschaft andere Rechte zuzusprechen.“ Das ist eine Täuschung, wie auch der Bildrußer Fall beweist.

Die sozialdemokratische Fraktion im heffischen Landtage.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion gab Abgeordneter Ulrich in der Sitzung vom Montag folgende Erklärung ab:

„Unter völliger Wahrung unseres prinzipiellen Standpunktes zu den einzelnen Kapiteln des Hauptvoranschlages, den wir in früheren Jahren zum Ausdruck gebracht haben, werden wir in Anbetracht der großen Zeit und in der Absicht, auch in diesem Hause der Welt zu zeigen, daß wir einig sind in dem Streben, durch gemeinsame Arbeit zum Siege und einem dauernden Frieden zu kommen, für das diesjährige Finanzgesetz stimmen. (Allgemeines Bravo.) Wir haben bewiesen, daß wir uns mit allen Volksgenossen in der Verteidigung des Vaterlandes gleich verpflichtet fühlen und glauben erwarten zu dürfen, daß für die Zukunft auch die völlige Gleichberechtigung der sozialdemokratischen Volkskreise erfolgen wird, ja erfolgen muß.“ (Zustimmung.)

Die abgebligten Hausbesitzer.

Vertreter der deutschen Haus- und Grundbesitzer hatten am Sonntag im preussischen Landwirtschaftsministerium eine Unterredung mit dem Minister v. Schorlemer-Neser. Die Herren hatten so umfangreiche Wünsche mitgebracht, daß der den Grundbesitzern gewöhnlich abgebligte Minister entschieden abwinkte. Bürgerliche Blätter berichten über die Konferenz: Der Minister vermochte sich trotz der vorgebrachten Klagen nicht davon zu überzeugen, daß eine allgemeine Notlage des Haus- und Grundbesitzes vorliege. Infolgedessen schlug er auch die geforderten gesetzgeberischen Maßnahmen ab, sagte aber eine nochmalige Prüfung der Verhältnisse zu, wenn die Vertreter des Haus- und Grundbesitzes neues Material beigebracht hätten. Der Minister ließ durchblicken, daß er die Lage des Haus- und Grundbesitzes nicht für so schwarz ansehe, wie die Herren Dr. Baumert und Bisping (Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine und Vorsitzender des Bundes Berliner Haus- und Grundbesitzer), die aus einzelnen Vorkommnissen in Groß-Berlin allgemeine Schlüsse von recht weittragender Bedeutung gezogen hätten.

Zur Reichstagsersatzwahl in Braunsberg.

Der Wahlvorstand der Zentrumspartei des Wahlkreises Braunsberg-Heilsberg (6. Königsberg) beschloß für die Reichstagsersatzwahl anstelle des verstorbenen Komprovises Dietrich den Erzpriester Pitzmann-Wormditt vorzuschlagen.

Der Wahlkreis würde dem Zentrum auch ohne Burgfrieden sicher sein.

Zahlung von Vorschüssen für Hinterbliebene.

Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung hat die Verkettungsämter angewiesen, beim Ableben von etatsmäßig angestellten Beamten und Unterbeamten, sowie von Ruhegehaltsempfängern, den Hinterbliebenen Vorschüsse auf die ihnen für das Gnadenvierteljahr zustehenden Beträge — nötigenfalls in voller Höhe dieser Beträge — zahlen zu dürfen, wenn über die Empfangsberechtigung kein Zweifel besteht. Für die Postagenturen haben die Abrechnungsstellen die Zahlung zu veranlassen.

Wäre diese schnelle Hilfe vorbildlich sein auch für andere Reichs- und Landesbehörden und für die privaten Versicherungsanstalten.

Kriegsbekanntmachungen.

Privat-Paket- und Frachtgutverkehr nach und von dem östlichen Kriegsschauplatz.

Amtlich. Berlin, 29. März. (W. T. V.) Vom 29. März ab wird der Privatpaket- und Frachtgutverkehr auch mit den im Osten befindlichen Truppen — mit Ausnahme der in Galizien und in den Karpathen verwendeten — nach Maßgabe der seit dem 22. Februar gültigen Vorschriften zugelassen. Hierbei ist Voraussetzung, daß wegen der schwierigen Beförderungsverhältnisse auf den in Frage kommenden Eisenbahnen nur unbedingt notwendige Gegenstände zum Versand gelangen und jedes Uebermaß vermieden wird. Andernfalls müßte diese Vergünstigung zur Verhütung von Störungen, die beim Weichverkehrsverkehr lebhaft beklagt wurden, wieder aufgehoben werden.

Die Mitteilung des Zeitpunktes, zu dem eine Annahme von Paketen usw. auch für die Truppen in Galizien und in den Karpathen zulässig ist, erfolgt später. Pakete, die schon jetzt zur Aufgabe dorthin gelangen, müssen in Ermangelung einer Beförderungsmöglichkeit den Absendern zurückgeschickt werden.

Zur Vermeidung unnötiger Kosten wird dringend empfohlen, etwaige Zweifel hinsichtlich der Paket- usw. Sendungen an Heeresangehörige bei den Militär-Paketdepots zur Sprache zu bringen. Die für solche Anträge bei den Postanstalten vorrätigen grünen Karten werden kostenlos befördert.

Deutsch-französischer Austausch von Schwerverwundeten.

Dem Kriegsministerium werden fast täglich Anfragen überliefert, ob Angehörige beim Austausch Schwerverwundeter zwischen Deutschland und Frankreich berücksichtigt werden sind.

Der erste Austausch ist zurzeit beendet. Die Zurückgekehrten haben sofort Nachricht von ihrer Heimkehr an ihre Angehörigen gesandt. Wer also bis jetzt noch nicht im Besitze einer solchen Mitteilung ist, muß annehmen, daß der von ihm Zurückgekehrte sich noch in französischer Kriegsgefangenschaft befindet. Das Kriegsministerium führt über alle Schwerverwundeten, deren Namen ihm bekannt werden, Listen, um sie für den Austausch in Vorschlag zu bringen. Ob aber die französische Regierung sie freigeben wird, ist nicht vorauszusetzen.

Wenn der nächste Austausch stattfindet, läßt sich zurzeit noch nicht angeben. Verhandlungen hierüber sind im Gange.

Die Uebermittlung des Nachlasses im Felde verstorbenen Heeresangehöriger.

Zur Regelung des Nachlasswesens ist im Preuß. Kriegsministerium eine Zentralstelle für Nachlasssachen errichtet, welche die Ueberweisung der Nachlasssachen von Angehörigen der eigenen, verbündeten und feindlichen Heere an die Empfangsberechtigten oder die zuständigen Behörden vermittelt. Der Zahlmeister oder sein Stellvertreter übermittelt der Zentralstelle ein Verzeichnis der Nachlasssachen und ihrer Eigentümer. Die Gegenstände sind möglichst in Beuteln zu verpacken, die mit dem Namen und Truppenteil des Verstorbenen zu versehen sind. Die Stärke jeder Sanitätskompanie wird um zwei Unteroffiziere oder Gefreite, besonders vertrauenswürdige Personen, erhöht, um den Zahlmeistern bei den Nachlassangelegenheiten zu helfen. — Wenn bei Narx Sachlage der Truppenteile (Zahlmeister) oder die Lazarette zur Feststellung der berechtigten Hinterbliebenen imstande sind, ist die unmittelbare Uebersendung des Nachlasses mittels eingeschriebenen Briefes oder Paketes unter Beifügung eines Verzeichnisses der Nachlasssachen zulässig.

Deutsches Gesetz- und Verordnungsblatt für Belgien.

Nach Mitteilung der Politischen Abteilung bei dem Generalgouverneur in Belgien an den Kriegsausschuß für die deutsche Industrie ist das Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Teile Belgiens in die Postzeitungliste aufgenommen worden und kann vom 1. April d. J. ab bei den Postanstalten in Deutschland zu einem vierteljährlichen Abonnementspreis von 2,50 M. bestellt werden. Eine Zusendung des Blattes von Brüssel aus erfolgt von da ab nicht mehr.

Letzte Nachrichten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 29. März. (W. T. V.) Der amtliche Bericht von heute nachmittag lautet: Im Gebiet von Ypern sprengten wir eine Mine im deutschen Fortposten. In Evargès verjagte der Feind die Schützengräben wiederzunehmen, welche er am 27. d. M. verloren hatte. Nach heftigem Kampf wurde unser Gewinn in der Gesamtheit behauptet. Der Feind sah nur in einigen Teilen seiner früheren Schützengräben Fuß, während wir an anderen Stellen vorrückten.

Erneuter Fliegerangriff auf Calais.

Paris, 28. März. (W. T. V.) Der „Temps“ meldet: Gestern überflog neuerdings eine Taube Calais in 2000 Meter Höhe und warf Bomben auf die Stadt ab, die in den Straßen platzen. Da infolge der frühen Morgenstunde die Straßen menschenleer waren, wurde nur Sachschaden angerichtet.

Eine deutsche Taube über Etaires.

Paris, 29. März. (T. U.) „Agence Havas“ meldet aus Hazebrouk: Eine Taube hat gestern Etaires (westlich von Lille) überflogen und zwei Bomben abgeworfen, die aber nicht platzen. Als sich zwei Kinder den Bomben näherten und sie berührten, explodierte eine Bombe, wodurch die Kinder getötet wurden.

Die Erfolge des deutschen Unterseebootkrieges.

London, 29. März. (T. U.) Die britische Admiralität hat sich veranlaßt gesehen, eine Liste der seit dem 1. Januar bis zum 17. Februar von deutschen Unterseebooten versenkten englischen Handelsdampfer herauszugeben. Die Liste umfaßt jedoch nur Schiffe von einer Wasserdrängung über 300 Tonnen, auch sind solche Fahrzeuge, deren Untergang nicht unzweifelhaft durch einen deutschen Torpedo hervorgerufen wurde, nicht mit aufgeführt worden. Aus dieser Liste geht hervor, daß die deutschen Unterseeboote vom 1. Januar bis 17. Februar acht große englische Handelsdampfer versenkten. In der am 18. Februar, bekanntlich dem Tage der deutschen Ufoabklärung folgenden Woche wurden allein sieben Handelsdampfer versenkt, in der Woche vom 4. bis 10. März vier und in der Woche vom 11. bis 17. März elf. Seit der Ufoabklärung hat England mithin 22 große Handelsdampfer ausschließlich durch deutsche Unterseeboote verloren.

Die Kämpfe im Kaukasus.

Petersburg, 29. März. (W. T. V.) Der Generalstab der kaukasusarmee meldet vom 27. März: In der Schlacht des Tschorok schlugen die russischen Truppen die Türken aus der Gegend von Artwin auf das linke Ufer des Tschorok zurück. Die Türken steckten Artwin in Brand. Auf den übrigen Fronten erfüllen unsere Truppen ihre Aufgaben erfolgreich.

Neue amerikanisch-mexikanische Verwicklungen.

New York, 29. März. (T. U.) Die amerikanische Regierung hat jetzt den genauen Rapport über die Ermordung des angesehenen Amerikaners Mac Manus während der letzten Unruhen in Mexiko-Stadt erhalten, zugleich mit einer Entschuldigung der Regierung Carranzas. Staatssekretär Bryan hat jedoch die Entschuldigung als unzureichend bezeichnet, da aus dem Rapport hervorgeht, daß auch während der Unruhen mehrere amerikanische Soldaten, so u. a. auch die des Konsulats, heruntergerissen und beschimpft wurden. Infolgedessen ist eine neue Aufforderung Americas an Carranza ergangen, für die Beileidigung der amerikanischen Fahne Genugtuung zu leisten.

Es sind unterdessen weitere Nachrichten über das Wiederaufblühen von Unruhen in Mexiko hier eingelaufen. Der Kommandant der in mexikanischen Gewässern sich aufhaltenden amerikanischen Flotte hat den Panzerkreuzer „Georgia“ aus Veracruz nach Progreso abbeordert zur Unterdrückung eines Aufstandes, durch welchen das Leben der Ausländer bedroht sein soll.

Todesstrafe in zehnjährige Zuchthausstrafe umgewandelt.

Königsberg, 29. März. (T. U.) Das Königsberger Oberkriegsgericht hob als Berufungsinstanz das Urteil des Interburger Kriegsgerichts gegen die Dittlerin Kamischal, die wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt worden war, auf und erkannte auf eine zehnjährige Zuchthausstrafe, die geringste zulässige Strafe.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
Bezirk 126.
Am 27. März verstarb unser
Genosse, der Maurer
Hermann Köpke
Geb. 1855.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 30. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Hebammenhauses,
Grimmstraße, aus nach dem
Gottesdienst im Friedhof in Marien-
hof statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel. Bezirk 167.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Händler
Fritz Begoin,
Wanteuffelstr. 102, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 31. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes in Neu-
Köpenick, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Kreiswahlverein
Niederharnim.
Bezirk Rosenthal.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Zigarren-
händler
Richard Meißner
am 26. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im
Krematorium zu Berlin, Gericht-
straße 37-38, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Als Opfer des Weltkrieges er-
lag mein unerschütterlicher, lieber
Mann, unser guter, einziger
Sohn, Bruder, Schwiegerohn,
Schwager und Onkel,
der Gefreite der Landwehr
Karl Herold
im blühenden Alter von 39 Jahren
einem Herzschlag.
Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen
Anna Herold, geb. Markus.
Die Freude Deiner Wiederkehr
war nicht vergönnt dem Deinen
Und mögen sie auch noch so sehr
Dir lieblich nun erscheinen,
Und wenn uns auch bricht
Das blutende Herz,
Du bist uns zurück
In rasendem Schmerz.
Er war einer der Besten und
Seiten, mit ihm ging mein ganzes
Glück dahin.
Ruhe sanft!

Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Nachruf.
Am Donnerstag, den 25. März,
verstarb unser Mitglied
Paul Walter.
Ehre seinem Andenken!
Am Freitag, den 26. März,
verstarb unser Mitglied
Albert Runge.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 30. März, nach-
mittags 3 Uhr, an dem Götter-
tempel-Friedhof, Nordend, statt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen und Kolleginnen
zur Nachricht, dass unser Mit-
glied, die Metallarbeiterin
Else Schulz
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 30. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes,
Grimmstraße, aus statt.
Den Kollegen ferner zur Nach-
richt, dass unser Mitglied, der
Schloffer
Friedrich Wuttke
am 27. d. M. an Herzleiden ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 31. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes in Neu-
Köpenick, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband d. Buch- u. Steindruckerei-
Arbeiter und Arbeiterinnen
Deutschlands.
Erbsverwaltung Berlin.
Am 27. d. M. verstarb nach
kurzem Krankenlager unser Mit-
glied
Fritz Tabbert
im Alter von 34 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 31. März, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Ge-
meinde-Friedhof in Friedrichs-
park, Berlin.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Allen Bekannten und Freunden zur Nachricht, daß
mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwieger-
vater und Großvater, der Zigarrenhändler
Richard Meißner
im 55. Lebensjahre nach längerem Leiden am 26. März
verstorben ist.
Dies zeigt tiefbetrübt im Namen der trauernden
Hinterbliebenen an
Witwe Marie Meißner.
Berlin-Reinickendorf, den 27. März 1915.
Kopenhagener Str. 70.
Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 31. März,
nachmittags 5 Uhr, im Krematorium zu Berlin, Gericht-
straße 37-38, statt.

Nach langen schweren Leiden entschlief heute früh
1 1/2 Uhr mein lieber treuer Mann, unser treusorgender Vater,
Bruder, Schwager und Onkel
Carl Bertram
im 57. Lebensjahre. 216/14
In tiefer Trauer:
Helene Bertram geb. Mewis,
Gertrud und Ella Bertram.
Die Trauerfeier findet am Sonnabend, den 3. April, nach-
mittags 3 Uhr, im Krematorium zu Berlin, Gerichtstr. 37, statt.
Kranzspenden dankend verboten.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß
heute früh 1 1/2 Uhr mein lieber Bruder und Socius, der Mit-
begründer unserer Firma
Carl Bertram
im 57. Lebensjahre nach langem schweren Leiden sanft ent-
schlafen ist.
Berlin, den 28. März 1915. 216/15
(Schmidstr. 9).
Fritz Bertram
in Firma Gebr. Bertram.

Am 23. März verstarb
in einem Lazarett unser
lieber Sohn, Walter, Bruder,
Schwager, Neffe und Onkel,
der Landwehrmann
Ferdinand Worbs,
geboren 16. Juli 1885,
Gefreiter in einer Artillerie-
Batteries - Kompanie.
Er erlag den Anstrengungen des
Krieges und ruht nun seinen
Lieben schmerzlich beweint, im
Garten des Lazarets.
Sein Andenken aber wird ewig
in unseren Herzen fortleben!
Berlin, den 29. März 1915.
Rudolf Worbs
Charlotte Worbs
geb. Pinner
Felix Worbs, Leutnant d. R.
Grete May geb. Worbs
Hermann May
Heini May. 1443b

Den Heldentod fürs Vaterland
nach am 17. Februar mein unig-
glaublicher, bergensguter Mann, der
Kriegsminister
Max Reichwald.
In tiefer Trauer, im Namen
der Hinterbliebenen
Frau Karoline Reichwald
geb. Korsch.
So schlief denn wohl, Du Liebster
meines Lebens,
Rein Rampelgöße stört mehr
Deine Ruh:
All unser Hoffen, ach es war
vergebens,
Nun deckt in Feindesland Dich
fremde Erde an.
Im Feindesland Dein treues
Herz brach,
Dein gold'nes Herz hat seinen
letzten Schlag.
Zum letzten Grab schmeißt
tränensüßter mein Herz
In weicher Erde um dein'nes
Blut.
Stube sanft in fremder Erde,
Reine Liebe deckt dich zu.
Als letzten Gruß genömet zu
seinem heutigen 30. Geburtstag.

An Stelle besonderer Mitteilung.
Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 19. März unser lieber Sohn
und einziges Kind, der Gefreite
Robert Eisemann
im blühenden Alter von 21 Jahren.
Die schwergeprüften Eltern
Robert Eisemann und Frau,
Reichenau, Rheinstr. 23,
im Namen aller Angehörigen.
Du Inhalt unseres Lebens,
Du unser ganzes Glück,
Wir warfen Dein vergedens,
Nicht kehrst Du mehr zurück.
Reich ist Dir fremde Erde
Und der karpatischen Schnee.
Auf das auch Frieden werde
Für unser großes Weh.
Schlafe wohl! 1436b

Am Sonntag früh starb nach
langem, schwerem Leiden unser
langjähriger, treuer Freund
Fritz Begoin.
Frau Weitschach
Arnold Wischer und Frau
geb. Weitschach
Liesbeth Weitschach.
Beerdigung: Mittwoch, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Emmaus-Kirchhofes aus.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes und guten
Vaters
Paul Wunsch
lagen mir allen Verwandten und Be-
kannnten, insbesondere dem Verband
der freien Gastwirte, dem 4. Wahl-
kreis und dem Sparverein "Sorgen-
frei" unseren herzlichsten Dank. 574
Frau Wunsch nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teil-
nahme und die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
geliebten Mannes, meines guten
Vaters
Ernestine Standke geb. Walter,
Gubstr. 41.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
geliebten Mannes, meines guten
Vaters
Wilhelm Stein
lagen mir allen Verwandten und Be-
kannnten sowie dem Verband und
den Vereinen unseren herzlichsten
Dank. 624
Die trauernden Hinterbliebenen:
Witwe Ottilie Stein
und Kinder.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Wähebauer
Hermann Wurm
Heinersdorfer Str. 14
im Alter von 52 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Son-
ntag, den 28. März, auf dem
Friedhof der Bartholomäus-Gemeinde
in Jankowitz statt.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Tischler
Friedrich Hentschel
Andreasstr. 30
im Alter von 52 Jahren ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 31. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle
des Zentralfriedhofes in Friedrichs-
park aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
98/13 Die Ortsverwaltung.

Am 22. März fiel auf dem
Kriegsschauplatz unser lieber Kollege
und langjähriger Mitarbeiter, der
Bijouteriearbeiter der Reserve in einem
Landwehr-Regiment, der Schrift-
leiter
Albert Kanig
Inhaber des Eisernen Kreuzes.
Ein ehrendes Andenken wird
ihm stets bewahren
Berlin, 29. März 1915.
Das Personal d. Buchdruckerei
Hempel u. Co.

Den Heldentod fürs Vaterland
nach am 17. Februar unser
lieber Neffe und treuer Freund
der Gefreite
Georg Binge.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Familie G. Binge
und **Frau M. Duppé.**
Hannoversche Str. 2.

Am Sonntag früh starb nach
langem, schwerem Leiden unser
langjähriger, treuer Freund
Fritz Begoin.
Frau Weitschach
Arnold Wischer und Frau
geb. Weitschach
Liesbeth Weitschach.
Beerdigung: Mittwoch, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Emmaus-Kirchhofes aus.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzspenden bei
der Beerdigung meines lieben
Mannes, meines guten Vaters
August Neumann
lagen mir allen Beteiligten, besonders
den Kollegen der Firma Wamlinger,
den Mitgliedern der Bogener-
Krankenkasse, des Malzvereins und
des Verbandes der Brauerei- und
Mälzerei-Arbeiter unseren herzlichsten
Dank.
Witwe Minna Neumann
und Kinder.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes und guten
Vaters
Paul Wunsch
lagen mir allen Verwandten und Be-
kannnten, insbesondere dem Verband
der freien Gastwirte, dem 4. Wahl-
kreis und dem Sparverein "Sorgen-
frei" unseren herzlichsten Dank. 574
Frau Wunsch nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teil-
nahme und die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
geliebten Mannes, meines guten
Vaters
Ernestine Standke geb. Walter,
Gubstr. 41.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
geliebten Mannes, meines guten
Vaters
Wilhelm Stein
lagen mir allen Verwandten und Be-
kannnten sowie dem Verband und
den Vereinen unseren herzlichsten
Dank. 624
Die trauernden Hinterbliebenen:
Witwe Ottilie Stein
und Kinder.

Heideschloß Hohenbinde Station
Güter
Jubiläumliche Sommerfeste "Zum Gutenberg". Am 1. Oktober 1900.
Empfehle mein romantisch an See und Wald gelegenes Hotel (2 Säle,
2 Regelbänken) zu Ausflügen, Vereinspartien usw. **Alb. Lehmann.**

Verkäufe.
Widderhülle für Sofa bezugs-
fähig. Solts Teppichhaus, Dres-
denerstraße 8 (Kaufhaus). Form-
wärts-leiter 10%, Rabatt. 268*

Teppiche mit neuem Muster, sehr
billig. Gardinen, Portieren, Stepp-
decken, Tischdecken, Divandeken, sehr
billig. Formwärts-leiter 5 Prozent
Rabatt. Teppichhaus Braun, Siedel-
str. 4 (Bahnhofstr.). 246*

Teppich-Handel. Dramatische 14
billig. Teppich-Handel, Siedel-
str. 4 (Bahnhofstr.). 246*

Teppiche mit neuem Muster, sehr
billig. Gardinen, Portieren, Stepp-
decken, Tischdecken, Divandeken, sehr
billig. Formwärts-leiter 5 Prozent
Rabatt. Teppichhaus Braun, Siedel-
str. 4 (Bahnhofstr.). 246*

Teppiche mit neuem Muster, sehr
billig. Gardinen, Portieren, Stepp-
decken, Tischdecken, Divandeken, sehr
billig. Formwärts-leiter 5 Prozent
Rabatt. Teppichhaus Braun, Siedel-
str. 4 (Bahnhofstr.). 246*

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Lindenstr. 3
Coedex erschien:
Die Zarengeißel
Sturmschreie
aus hundert Jahren.
Dichtungen von
Platen, Chamisso, Beranger,
Herwegh, Freiligrath, Keller,
Turgenjew, Björnsön, Wendell,
Gorki, Freytag, Diederich u. a.
Herausgegeben von
Dr. Franz Diederich.
Preis 50 Pf.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden -
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage)
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Sprechstunden 11 1/2 - 2 u. 5 1/2 - 8

Kaufgesuche.
Kupfer! Messing! Aluminium!
Nikel! Zinn, Zink, Blei, Quecksilber,
Stanniolpapier, Platinabfälle, Jahrs-
gebirge, Goldschmelze, Silberabfälle,
Kochsalz! Metallschmelze, Eisen,
Drummetstränge 25 und Neudrum,
Berlinerstraße 76. 17*

Unterricht.
Automobilführer, crifflige
Heilungsfähige Ausbildung, 100 Park,
Ludwig-Platz. Patentamt.
Köpenickerstraße 116. 21978*

Unterricht.
Technische Lehranstalt Dr. Werner,
Berlin, Reuterstraße 3. 17/16
Unterricht in der englischen
Sprache für Anfänger und Fort-
geschrittenen, einzeln oder im Kreis,
wird englischer Unterricht erteilt.
Auch werden Hebräerungen aus-
geführt. G. Schwantz, Weddicher,
Charlottenburg, Stutigartenplatz 9,
Gartenhaus III. 419*

Vermietungen.
Wohnungen.
Söldnerstraße 41. Große Zwei-
zimmer + Vorderzimmer billig
50 Mark vermietbar. 299/18*

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Korbmacher auf 68, Rumpff 1, 50,
gekauft, Krawall, Schillingstraße 25.*
Tischlerlehrling sucht zu Eltern
bei freier Station Erich Koch,
Baruth (Mark), Tischlerei mit Kraft-
betrieb. 98

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Korbmacher auf 68, Rumpff 1, 50,
gekauft, Krawall, Schillingstraße 25.*
Tischlerlehrling sucht zu Eltern
bei freier Station Erich Koch,
Baruth (Mark), Tischlerei mit Kraft-
betrieb. 98

Verkaufe.
Widderhülle für Sofa bezugs-
fähig. Solts Teppichhaus, Dres-
denerstraße 8 (Kaufhaus). Form-
wärts-leiter 10%, Rabatt. 268*

Teppiche mit neuem Muster, sehr
billig. Gardinen, Portieren, Stepp-
decken, Tischdecken, Divandeken, sehr
billig. Formwärts-leiter 5 Prozent
Rabatt. Teppichhaus Braun, Siedel-
str. 4 (Bahnhofstr.). 246*

Teppich-Handel. Dramatische 14
billig. Teppich-Handel, Siedel-
str. 4 (Bahnhofstr.). 246*

Teppiche mit neuem Muster, sehr
billig. Gardinen, Portieren, Stepp-
decken, Tischdecken, Divandeken, sehr
billig. Formwärts-leiter 5 Prozent
Rabatt. Teppichhaus Braun, Siedel-
str. 4 (Bahnhofstr.). 246*

Teppiche mit neuem Muster, sehr
billig. Gardinen, Portieren, Stepp-
decken, Tischdecken, Divandeken, sehr
billig. Formwärts-leiter 5 Prozent
Rabatt. Teppichhaus Braun, Siedel-
str. 4 (Bahnhofstr.). 246*

Teppiche mit neuem Muster, sehr
billig. Gardinen, Portieren, Stepp-
decken, Tischdecken, Divandeken, sehr
billig. Formwärts-leiter 5 Prozent
Rabatt. Teppichhaus Braun, Siedel-
str. 4 (Bahnhofstr.). 246*

Teppiche mit neuem Muster, sehr
billig. Gardinen, Portieren, Stepp-
decken, Tischdecken, Divandeken, sehr
billig. Formwärts-leiter 5 Prozent
Rabatt. Teppichhaus Braun, Siedel-
str. 4 (Bahnhofstr.). 246*

Teppiche mit neuem Muster, sehr
billig. Gardinen, Portieren, Stepp-
decken, Tischdecken, Divandeken, sehr
billig. Formwärts-leiter 5 Prozent
Rabatt. Teppichhaus Braun, Siedel-
str. 4 (Bahnhofstr.). 246*

Feldpost-Abonnements.

Wir weisen unsere Leser darauf hin, daß unsere sämtlichen Filialpeditionen wie die Hauptexpedition Feldpost-Abonnements auf den „Vorwärts“ zum Preise von

1,10 Mark monatlich

entgegennehmen. Die Zeitung wird den im Felde Stehenden von unserer Hauptexpedition als Feldpostbrief täglich nachgeschickt.

Bei Bestellung des Abonnements ist genau anzugeben, welchem Armee-Korps, Division, Brigade, Regiment, Bataillon, Kompagnie usw. der Empfänger angehört.

Der Etat der Landesversicherungsanstalt Berlin für das Jahr 1915.

Infolge der durch die Kriegsergebnisse getroffenen Verhältnisse ist der Etat der Landesversicherungsanstalt nicht wie früher vor Weihnachten, sondern nachdem eine genauere Uebersicht sich ermöglicht, erst dieser Tage festgestellt worden.

Der Etat der Anstalt bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 18 459 100 M. Der Vorschlag der Einnahmen aus Beiträgen, der für 1914 im Hauptetat mit 15 400 000 M. angeführt war (im Rechnungsjahre 1913 betrug die Einnahme aus Beiträgen 15 298 296 M.) ist für das neue Etatsjahr infolge des Krieges auf 12 000 000 M., demnach um 3 400 000 M. weniger angelegt.

Als Einnahmen an Zinsen angelegter Wertpapiere sind 3 600 000 M., an Nutzungswerten der Grundstücke und baulichen Anlagen und der beweglichen Einrichtungen, gemäß den Rechnungsbestimmungen des Reichsversicherungsamts zu 3 Proz. berechnet, zusammen 636 000 M. angelegt. Die Einnahmen von Ersparnissen der Krankenstellen gemäß den §§ 1518 und 1521 der Reichsversicherungsordnung, sind infolge der Einschränkung des Seilberfahrens aus Anlaß des Krieges von 700 000 M. in 1914 auf 200 000 M. herabgesetzt. Unter dem Titel „Sonstige Ersparnisse“ sind in der Einnahme 1 039 250 M. als Einnahme aus der Verpflegung der verwundeten und erkrankten Kriegsteilnehmer eingestellt. Der Berechnung sind 343 500 Verpflegungstage a 3 M. für Mannschaften zugrunde gelegt, der Rest entfällt auf die Verpflegung von Offizieren. Aus den Vermögensanlagen werden 721 000 M. Einnahmen erwartet, darunter an Rückzahlungen auf zu tilgende Darlehen 335 000 M.

Unter den Ausgaben interessieren in erster Linie diejenigen für Rentenleistungen (Alters-, Invaliden- und Witwenrenten) und einmalige Leistungen (Witwengeld und Waisenaussteuer). Für die Dauerrenten sind wie im Vorjahre 7 500 000 M. in Ansatz gebracht.

Die Ausgaben für diese Dauerrenten betragen im Rechnungsjahre 1913 tatsächlich 6 697 233 M. Für Witwengeld und Waisenaussteuer sind für das laufende Etatsjahr 35 000 M. mehr gegen das Vorjahr, nämlich 75 000 M. in Ansatz gebracht. Es wird mit einer Erhöhung, namentlich des Witwengeldes gerechnet. Die Ausgaben an Witwengeld betragen in den Jahren 1912 und 1913 5561 bzw. 11 292 M., ganz gering waren die Ausgaben an Waisenaussteuer in denselben Jahren, nämlich 35 M. und 129 M. Im neuen Etat ist dieser Titel wie im Vorjahre mit 25 000 M. in Ansatz gebracht. Nach den bisherigen Ausgaben und bei der geschätzten Schwierigkeit, überhaupt eine Waisenaussteuer zu erlangen, dürfte kaum der zwanzigste Teil dieser Summe aufgebracht werden.

Bei dem Titel „Leibrenten“ sind 5 917 765 M. an Ausgaben vorgesehen, darunter unter anderem die Spezialverwaltung Beelitz mit 3 961 685 M., Spezialverwaltung Tuberkulinstation Lichtenberg mit 178 500 M., Lungenheilstätte Vogelsang 240 000 M., Kosten des zahnärztlichen Instituts 143 600 M. und Tuberkulinstation mit 130 000 M.

ferner befinden sich unter diesem Kapitel die Maßnahmen aus § 1274 der Reichsversicherungsordnung (Arbeitslosenfürsorge und für sonstige allgemeine aus Anlaß des Krieges notwendige Wohlfahrtsmaßnahmen). Hierfür sind 1 254 600 M. in Bereitschaft gestellt; außerdem je 100 000 M. an Wollstoffen für Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschäftigten für gemeinnützige Zwecke, Fürsorge für Kriegsverletzte und zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten und Seuchen. Der Ausschuß gab einstimmig seine Zustimmung dazu, daß von den Ausgaben für letzteren Zweck sofort a Konto 20 000 M. dem Generalgouverneur in Belgien zur Verfügung gestellt werden.

Die Kosten der Allgemeinen Verwaltung sind mit 1 118 000 M. veranschlagt, darunter die Gehälter für das Bureau-, Kanzlei- und Unterbeamtenpersonal mit 756 500 M. und die der besoldeten Vorstandsmitglieder mit 38 550 M. Von der Gesamtzahl der Angestellten, die etwas über 700 beträgt, sind zum Kriegsdienst eingezogen bis jetzt insgesamt 229; davon sind bis jetzt gefallen 8. Diese Eingziehung des Beamtenpersonals hat die Einstellung von Hilfspersonal zur Folge gehabt, die in der Ausgabe mit 120 000 M. besonders in Ansatz gebracht sind.

Bei dem Besoldungsbehal wurde von den Vertretern der Versicherten im Ausschuß der Antrag eingebracht, den unter 3000 M. Gehalt oder Lohn stehenden Angestellten und Arbeitern eine Teuerungszulage von 15 M. monatlich zu gewähren, solange die durch den Krieg verursachte Teuerung der Lebensmittel anhält. Diejenigen, welche Verpflegung in den Anstalten selbst beziehen, sollten auscheiden. Für eine so selbstverständliche, durch die Zeitverhältnisse durchaus begründete Sache war der Vorsitzende des Vorstandes und ein Teil der Vertreter der Arbeitgeber, die sogenannte Innungsgruppe, nicht zu haben. Unter dem Hinweis auf die nun bald herkömmlich gewordene Redewendung von den Entbehrungen der Kriegsteilnehmer, die, soweit es sich um Behandlung und Ausführung sozialpolitischer Angelegenheiten handelt, vielfach als Ausflucht benutzt wird, glaubte der Vorsitzende den Antrag bekämpfen zu müssen. Nach dem Grundsatz, „wenn es dem einen schlecht geht, muß es auch dem anderen schlecht gehen“, verwiesen die Vertreter der Innungsgruppe auf die angeblich schlechte Lage des Mittelstandes. Durch diesen Hinweis auf den niederen Mittelstand, der, volkswirtschaftlich genommen, zu drei Vierteln dem Stande der Lohnarbeiter viel näher steht als den Vertretern, die sich als ihren Anwalt bezeichnen, mußte von ihnen die Teuerungszulage bekämpft werden. Mit den Stimmen der Vertreter

der Versicherten und einem Teil der Arbeitgebervertreter wurde schließlich eine Resolution angenommen, durch die der Vorstand ersucht wird, den Angestellten und Arbeitern, die nicht mehr als 2000 M. jährlich beziehen, eine Teuerungszulage zu bewilligen und daß, falls die Gemeindebehörden Berlins ihren Angestellten und Arbeitern eine Teuerungszulage über diese Bezüge hinaus bewilligen sollten, die Versicherungsanstalt dies in gleicher Weise tun solle. Die hierfür im Etat entstehende Mehrausgabe erklärte sich die Mehrheit des Ausschusses bereit, im Wege einer besonderen Vorlage zu bewilligen.

Der eintägige Ueberschuß ist für das Jahr 1915 mit 2 078 985 M. veranschlagt, das Gesamtvermögen der Anstalt beträgt zirka 60 Millionen M.

Dem Sanatorium und der Lungenheilstätte Beelitz sind im Vorschlag eine Leistung für 1505 Kranke bei einem Personalbestand von 457 Angestellten und 40 ständigen Gartenarbeitern zugrunde gelegt. Bei Ausbruch des Krieges beschloß der Ausschuß einstimmig nach dem Vorschlag des Vorstandes, die Einrichtungen der Heilanstalt Beelitz der Militärbehörde für die Behandlung verwundeter und erkrankter Kriegsteilnehmer zum großen Teile zur Verfügung zu stellen. Die Heilbehandlung von Versicherten ist danach nicht aufgehoben, sondern, allerdings wesentlich, beschränkt worden. An diesem Zustande wird sich im Interesse der Gesundheit der Soldaten auch im laufenden Etatsjahre nichts ändern. Gegenwärtig ist das Sanatorium ganz, der andere Flügel, die Lungenheilstätte, zum Teil mit Verwundeten belegt.

Der Beschäftigungszustand der Anstalt mußte infolge des Steigens der Preise für Lebensmittel von 1,55 auf 1,70 M. oder in der Gesamtsumme von 953 000 auf 1 197 000 M. erhöht werden. Die Ausgaben im Rechnungsjahre 1913 betragen für denselben Posten 888 500 M.

Die Anstalt Beelitz beschäftigt nach dem Etat 457 Personen, wovon 385 auf die Anstalt allgemein, 35 besonders auf die Unterhaltung der Baulichkeiten einschließlich der maschinellen Anlagen sowie auf bauliche Veränderungen und 37 besonders auf die Instandhaltung der beweglichen Einrichtung entfallen. Hoffen wir, daß der erbrachte Weltkrieg recht bald sein Ende erreicht, damit die Anstalt ihrem eigentlichen Zweck, dem im Arbeitskampf arbeitsunfähigen Gewordenen die Gesundheit und Erwerbsfähigkeit wiederzubringen, wieder voll zurückgegeben wird.

In der Tuberkulinstation Lichtenberg hat sich der Bestand an zu behandelnden Personen ebenfalls verringert. Es ist dies indessen nicht wie in Beelitz auf die der Militärbehörde gewordene Unterstützung, sondern auf die allgemeinen Kriegsverhältnisse zurückzuführen.

Wie in früheren Jahren, so mußte auch diesmal seitens der Vertreter der Versicherten über das allzu lange Warten geklagt werden, denen Versicherte im Zahlverfahren ausgesetzt sind. Es vergehen mitunter Monate um Monate, ehe eine solche Behandlung ihre Erledigung findet. Seitens des Vorstandes wurde der Mangel an gut gebildeten und ordentlichen Zahntechnikern ins Feld geführt, der mit einer der Ursachen der langsamen Erledigung sei. Brauchbare Kräfte auf diesem Gebiete wären trotz guter Bezahlung nicht zu erlangen. Auch wurde der nicht von der Hand zu weisende Einwand erhoben, daß manche Antragsteller jahrelang mit schlechten Zähnen umherlaufen und nichts dazu tun, so daß später die vorzunehmende Behandlung um so schwieriger und langwieriger ist.

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschlichter nehmen als Vertreter der Anstalt an den Sitzungen der 23 städtischen Untersuchungskommissionen teil, soweit es sich um von der Anstalt zu bewilligende Arbeitslosenunterstützung handelt. Dabei ist von allen Seiten die Beobachtung gemacht worden, daß immer noch ein Teil nach dem Gesetz Versicherungspflichtiger, wie Waise- und Aufwartefrauen, Portiers- und Portierfrauen und andere im Dienstvertrage tätigen Personen keine Marken haben bzw. für sie keine Marken gestellt werden und sie sich damit den Zustand stillschweigend gefallen lassen.

Um sich in Zukunft vor Schäden zu bewahren, sei auf diese Pflicht der Arbeitgeber und der Versicherungspflichtigen erneut hingewiesen.

Gewerkschaftliches.

Arbeitslosenzählung im Monat Februar.

An der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik beteiligten sich im Monat Februar nach den Angaben des „Reichsarbeitsblattes“ vom März 1915, wie schon im Vormonat nur 37 Organisationen, die über 1 202 551 Mitglieder, worunter 148 263 weibliche, berichteten. Es fehlen demnach wiederum die Nachweise von 15 an die Berichterstattung angeschlossenen Verbänden. In den berichtenden Organisationen waren Ende Februar 1915 arbeitslos am Orte 60 707, auf der Reise befindlich 698; das sind zusammen 61 405 organisierte Arbeitslose, und zwar 47 413 männliche und 13 992 weibliche. Die weiblichen Mitglieder stellen demnach rund den vierten Teil der ermittelten Arbeitslosen. Auf 100 vom Bericht erfaßte Mitglieder berechnet, ergibt dies eine Arbeitslosenziffer von 5,1, gegen 3,7 im gleichen Monat des Vorjahres.

Gegenüber den vorhergehenden Kriegsmontaten hat sich die Arbeitslosenziffer weiter vermindert, ist aber mit 5,1 immer noch um 0,3 höher als die bisher ermittelte Höchstzahl der letzten wirtschaftlichen Krise. Die überwiegend größere Arbeitslosigkeit der weiblichen Mitglieder gegenüber den männlichen, die schon in den früheren Monaten festgestellt wurde, zeigt sich auch jetzt, und zwar noch in etwas größerem Maße als Ende Januar. Während zu Ende Januar 11,1 Prozent der weiblichen und 5,8 Proz. der männlichen Mitglieder arbeitslos waren, betrug zu Ende Februar der Prozentsatz 9,4 gegenüber 4,5, ist also um mehr als das Doppelte höher. Verhältnismäßig die meisten Arbeitslosen stellte im Berichtsmontat der Glaserverband mit 21,4 Proz. In weiterem Abstand folgen die Verbände der Bildhauer mit 17,7, Rotenstecher mit 17,2, Porzellanarbeiter mit 15,1, Keram- und Steinarbeiter (Christl.) mit 14,7, Gut- und Filzwarenarbeiter mit 14,1, Bauarbeiter mit 11,5, Lithographen mit 10,5, Glasarbeiter mit 10,4, Buchbinder und Holzarbeiter mit je 9,6 und Buchdrucker mit 9,0 Proz. Arbeitslosen. Die niedrigsten Arbeitslosenziffern wurden in den Gewerkschaften der Sattler und Portefeuliers mit 0,6, der Gemeinde- und Staatsarbeiter und Brauerei- und Mühlenarbeiter mit je 0,9 und der Tapezierer mit 1,0 festgestellt.

Nach all dem Angeführten ist die Arbeitslosigkeit in manchen Berufen noch außergewöhnlich hoch. Es ist deshalb unsere Forderung, die Arbeitsvermittlung schon jetzt in der

Kriegszeit gefeßlich zu regeln und die öffentliche Arbeitslosenfürsorge noch weiter auszubauen, sehr angebracht.

Berlin und Umgegend.

Die Gusspuher und Schleifer beschäftigten sich am Sonntag mit ihren derzeitigen Lohnverhältnissen. Der Krieg hat in dieser Branche Zustände gezeitigt, die auf die Dauer unhaltbar sind. Die Löhne, die in den einzelnen Betrieben gezahlt werden, sind derartig verschiedenartig und weisen solche Abweichungen auf, daß es geradezu ein dringendes Gebot ist, hier auf eine einheitliche Entlohnung zu dringen. Die Differenzen sind auffallend groß, so daß in einzelnen Betrieben bei derselben Arbeit zuweilen erheblich mehr verdient wird als in anderen Werkstätten. Man kann es verstehen, daß die Arbeiter auf die Dauer mit diesen Verhältnissen nicht zufrieden sind und in einer weiteren Versammlung wird hierzu eingehend Stellung genommen werden.

Ein Ruf nach Arbeiterausschüssen.

Die Imperial Continental Gas-Association (Englische Gaswerke) hat eine Teuerungszulage von 5 bzw. 6 Pf. pro Stunde bewilligt. Die Gesellschaft bemüht sich in bezug auf die Entlohnung ihrer Arbeiter, entstehende Differenzen im wohlverstandenen eigenen Interesse zu beseitigen. Von einer Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation ist leider auch jetzt bei dieser Gesellschaft wie bei anderen keine Rede. Die I. C. G. A. hält es nicht einmal für nötig, die früheren Arbeiterausschüsse wieder wählen zu lassen. Alle seit Jahren unternommenen Versuche der Arbeiterenschaft, die Arbeiterausschüsse als Vertretung ihrer Beschwerden, Wünsche und Anträge wieder aufleben zu lassen, scheiterten an dem Widerstand der Generaldirektion. Ansehend glaubt dieselbe, daß Beschwerden in ihren Gasbetrieben nicht vorkommen. Den meisten Widerstand leisten aber die Betriebsdirektoren der einzelnen Gaswerke. Daß in diesen dem öffentlichen Interesse dienenden Einrichtungen (Lichtversorgung eines erheblichen Teiles Groß-Berlins und der südlichen Vororte) nicht auch die Arbeitsverhältnisse durch Vertrag mit den in Frage kommenden Gemeindeverwaltungen geregelt sind, ist zumeist durch letztere selbst verschuldet. Die geschäftliche Seite dieser Verträge wird eingehend gewürdigt, jedoch übersehen man es, für das Arbeitsverhältnis der beschäftigten Arbeiter vertraglich bestimmte Normen festzulegen, wie es jetzt durch die Militärverwaltung geschieht. Die Gemeinden müßten aber im Interesse einer möglichst gesicherten Lichtversorgung zum mindesten fordern, daß den Arbeitern, die indirekt in ihrem Lohn stehen, die gleichen Arbeitsbedingungen zugestimmt werden, die sie selbst den in den Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeitern gewähren. Es mangelt in den Betrieben der I. C. G. A. an den sozialen Vergünstigungen, wie Krankengeldzuschuß und Kubegehd, die in den meisten Gemeinden Groß-Berlins gewährt werden. In Frage kommt hierbei auch die Einrichtung der Arbeiterausschüsse. Der gute Rat, der den Arbeitern der Englischen Gasanstalten in letzter Zeit gegeben wurde, sich an die in Frage kommenden Betriebsdirektoren persönlich zu wenden, ist in seinen Wirkungen ein sehr fragwürdiger. Die Arbeiter, besonders in den Außenbetrieben, haben keine guten Erfahrungen gesammelt. Hat die Generaldirektion der englischen Gasanstalten wirklich die Absicht, den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, ihre Anträge, Wünsche und Beschwerden ungehindert äußern zu können, dann bedarf es der Wiederwahl der Arbeiterausschüsse und damit der Beseitigung der jetzt bestehenden Verschleierung früherer günstigerer Arbeitsbedingungen.

Die Musiker im Metropolitantheater stehen vor einem ersten Konflikt mit ihrer Direktion. Es ist das in der Kriegszeit schon das zweite Mal. Während das erste Mal der Konflikt wegen Tarifstreitigkeiten auf gutlichem Wege aus der Welt geschafft werden konnte, erscheint er diesmal ernsterer Natur zu sein. Der jetzige Konflikt ist daher entstanden, weil die Direktion die Tage: Gründonnerstag, Karfreitag und Sonnabend vor Ostern, an denen Operetten und Poffen nicht gespielt werden dürfen, von der Gage in Abzug bringen will. Ferner will die Direktion nach den Osterfeiertagen eine achtstägige Kündigung für die Musiker einführen, die hierin eine einseitige Beschränkung ihrer früher getroffenen gegenseitigen Abmachungen erblicken. Auch über den Tarif bestehen tiefgehende Differenzen mit der Direktion. Die Musiker fühlen sich sehr benachteiligt, insofern, als ihnen die nach Beginn der jetzigen Spielzeit versprochene Gagerhöhung nicht in dem Maße gewährt worden ist, als sie auf Grund der Besprechungen mit Herrn Direktor Schulz gehofft hatten.

Soziales.

Aus dem Gewerbegericht.

1. Tragweite des Tarifs.

Um die Tragweite des Tarifs handelte es sich gestern vor der Kammer 6 des Gewerbegerichts in der Klage eines Mitfahrers gegen die Müllener Brauhaus A. G. Auf Grund des für das Brauwerk abgeschlossenen Tarifvertrages forderte der Kläger eine achtstägige Kündigungsfrist bzw. Entschädigung dafür in Höhe des tariflichen Lohnes.

Die Beklagte wendete Unzuständigkeit des Gewerbegerichts ein. Nach dem Tarif bestehe ein Einigungsamt, vor dem die Klage anhängig zu machen sei. Der Kläger dagegen weigerte sich, das Einigungsamt anzurufen, weil er keiner der vertragschließenden Organisationen angehöre.

Das Gericht hat die Klage wegen Unzuständigkeit abgewiesen. Da der Kläger sich in seiner Klage selbst auf den Tarif beruft, müsse er sich auch den Bestimmungen über die Erledigung der Streitfälle unterwerfen, um so mehr, als er auch zu den tariflichen Bedingungen beschäftigt gewesen ist.

2. Einseitige Aufhebung der Kündigungsfrist.

Bereinigungen über die Arbeitsbedingungen sind nur verbindlich, wenn den Angeklagten bekannt ist, daß der Auftraggeber des Chefs in der Tat bevollmächtigt ist.

Der Zigarettenfabrikant Alet war gestern vor der Kammer 6 des Gewerbegerichts auf Zahlung einer Lohnentschädigung für eine vierzehntägige Kündigungsfrist von einer Arbeiterin verklagt. Er hatte dagegen den Einwand erhoben, die Klägerin sei nur auf Entschädigung in Anspruch genommen. Darauf aufmerksam gemacht, daß dies für die Kündigungsfrist unerheblich ist, behauptet er, Kündigungsfrist sei ausgeschlossen. Tatsächlich hatte ein Arbeiter gelegentlich einmal gesagt, eine Kündigung bestehe nicht. Der Beklagte wollte den betreffenden Arbeiter bereits zu jener Zeit als Vorgesetzten der Klägerin angesehen haben. Es wurde jedoch festgestellt, daß die Klägerin erst wenige Stunden vor ihrer Entlassung ausdrücklich aus dem Munde des Chefs erfuhr, der Betreffende sei als Meister zu betrachten und zur Einstellung wie auch zur Entlassung von Personal berechtigt. Die Tätigkeit dieses Mannes unterschied sich nur wenig von seiner früheren, ließ jedenfalls nicht seine höhere Qualifikation erkennen.

Dieser Sachlage entsprechend verurteilte das Gericht den Beklagten nach dem Klageanspruch. In der Begründung hieß es: Wenn der Chef Änderungen der Arbeitsbedingungen durch einen Beauftragten treffen läßt, so muß unabweisend erkennbar sein, daß der Betreffende wirklich bevollmächtigt ist.

Hebammen, Wöchnerinnen und Kriegswochenhilfe.

Über dieses Thema schreibt uns eine Helferin der „Hilfsaktion der Arbeiterinnen“ folgendes: „Biswohl der „Vorwärts“ u. a. in Nr. 69 darauf aufmerksam machte, daß die Hebammen von den Wöchnerinnen, deren Ehemänner zum Kriegsdienst eingezogen sind, für eine normale Entbindung nur 7,50 M. und für jeden Besuch am Tage 1 M. bzw. 2 M. des Nachts zu beanspruchen haben, fordern dieselben von der meist unbefähigten Wöchnerin fast ständig 25 M.“

Nach Auskunft einer Hebamme ist in deren Verein ein Bescheid gefaßt worden, wonach die auf Grund der Verordnungen des Bundesrats vom 3. Dezember 1914 und 28. Januar 1915 ausgegebenen 25 M. Entbindungsgelder den Hebammen ausschließlich zufließen.

Die Einsenderin hat während der Kriegszeit schon in Dutzenden von Fällen die Pflege und Besuche bei Wöchnerinnen ausgeübt, aber stets fordert die Hebamme in erster Linie den Betrag, über welchen die Wöchnerin verfügen sollte. Der „Vorwärts“ ist leider nicht in genügend Arbeitervohnungen verbreitet, und es kann wohl behauptet werden, daß 90 Proz. aller von organisierten Arbeiterfrauen gepflegten Wöchnerinnen mit unseren Bestrebungen nicht vertraut sind.

Die in diesen Häusern anzutreffenden Zeitungen nehmen sich der Kassen nicht in dem nötigen Maße an, weshalb die Leser des „Vorwärts“ in ihren Bekannten- und Verwandtenkreisen darüber Klarheit verbreiten sollten, daß keine sogenannte Kriegerfrau an die Hebammen mehr Honorar zahlen sollten, als oben bereits angegeben ist.

Es ist vorgekommen, daß die Hebamme sich eine Quittung von der Wöchnerin geben ließ, auf welcher diese bescheinigte, daß sie 25 M. für die Entbindung erhalten hat. Mit dieser Quittung begab sich die Hebamme zur zuständigen Krankenkasse — angeblich, um der armen Wöchnerin den Gang abzunehmen — und ließ sich dort den Betrag von 25 M. auszahlen. Leider hat zuvor der Angestellte einer Krankenkasse der Wöchnerin gegenüber selbst die unzutreffende Forderung gemacht, daß die 25 M. für die Hebamme bestimmt sind.

Eine Hebamme gab der Einsenderin kürzlich Auskunft über die geschäftliche Handhabung und bemerkte dabei, daß sie jetzt wohl immer weniger Entbindungen hätte, aber durch die höhere Bezahlung doch mehr verdiene.

Die Gemeindebehörden zahlen der Hebamme bekanntlich 15 M. für jede Entbindung, für welche die Krankenkasse nichts zu leisten hat.

Da in der jetzigen Zeit von allen Ständen außerordentliche Opfer gebracht werden müssen, sollte man zumindest erwarten, daß die Hebammen wenigstens nicht über den ihnen zustehenden Tarif hinausgehen. In den meisten Fällen sind die Ehemänner der Hebammen in besser bezahlten Stellungen, so daß man annehmen sollte, diese benötigten den Betrag nicht zur Ernährung ihrer Familie. In dem oben angegebenen Fall ist der Ehemann sogar als Staatsbeamter angestellt und man sollte da der Wöchnerin mehr Entgegenkommen bezeigen und dieser das Geld von der Krankenkasse abholen lassen.

In allen Fällen sollten die Wöchnerinnen, sofern vor der Entbindung nicht ein Preis bis höchstens 15 M. ausgemacht ist, nach den Mindestgebührensätzen für Hebammen im Landespolizeistatistik-Berlin bezahlet werden. Diese sind für eine normale Entbindung ohne Arzt auf 7,50 M. und für jeden Besuch am Tage auf 1 M. und während der Nacht auf 2 M. festgesetzt. Der übrige Betrag ist für Aufwendungen bestimmt, die jede Wöchnerin für sich und den zu erwartenden Edeknaben benötigt.

So viele unserer Frauen ohne einen Pfennig Entschädigung sich der Pflege der Wöchnerinnen widmen, sollte der Verein der Hebammen seine Mitglieder verpflichten, ihre Tätigkeit um 5 M. weniger auszuüben.“

Aus der Partei.

Der Gipfel der Kritik. Das „Hamburger Echo“ gehört seit einiger Zeit mit zu denjenigen Parteiblättern, die gegenüber dem „Vorwärts“ eine besondere Art der Polemik pflegen. Neuerdings glaubt das „Echo“ die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß wir die Kunst des Zitierens bei der Wiedergabe der Pressestimmen zur Untergewöhnlichkeit angewendet hätten. So sei z. B. ein Zitat der „Leipziger Volkszeitung“ zwar richtig wiedergegeben worden, aber nicht, daß dieselbe auch geschrieben habe:

„Die Bewilligung von zehn Milliarden Kriegskrediten ist eine solche schwerwiegende Vertrauensleistung für die Regierung, daß daneben die Verwertung des Budgets nur noch eine bedeutungslose Formalität gewesen wäre.“

Wir können dem „Hamburger Echo“ versichern, daß wenn die obigen Zeilen in derselben Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ enthalten gewesen wären, der wir unser Zitat entnommen haben, wir dieselben unseren Lesern sicher nicht vorenthalten hätten. Doch unsere Zusammenstellung der Pressestimmen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, braucht uns nicht erst vom „Hamburger Echo“ gesagt zu werden. Um alle Presseäußerungen von Bedeutung wiederzugeben, bedürfte es einer langen Serie von Artikeln. Unser Hamburger Organ vermisst sogar, daß wir einen in Nr. 23 der „Neuen Zeit“ veröffentlichten, also bereits vor drei Wochen erschienenen Artikel Karl Kautskis, der sich gleichfalls mit der Frage der Kriegskredite beschäftigt, der Pressestimmenammlung nicht einverleibt haben. Höhere Anforderungen kann man an einen Kritiker wahrlich nicht stellen.

Wir glauben indessen die Leser des „Vorwärts“ im Allgemeinen mindestens ebenso hinreichend informiert zu haben wie das „Hamburger Echo“ die seinen. Nur wenn ein objektives Urteil abhandeln gekommen, kann in unserer Zusammenstellung von Pressestimmen eine Kunst des Zitierens entdeden.

Notenliste der Partei.

Genosse Dr. Alfred Hoppe ist in den Karpatsen kämpfen dem Tode erlegen. Er hat einen Kopfschuß erhalten und ist im Lazarett daran gestorben. Genosse Hoppe stammte aus Königsberg, war etwa 25 Jahre alt, studierte Volkswirtschaft bei Brentano und schrieb ein Buch über die Entwicklung der Papiergasse. Er trat im vorigen Jahre in unser Meinungs-Wirtschaftliches Bureau ein, wo er den volkswirtschaftlichen Teil leitete. Er benutzte die Zeit zu reichen Wasserballspielen. Von seinem Talent und seinem Fleiß war für die Partei vieles zu erhoffen. Auch er ist ein Opfer des Weltkrieges.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Im verbotenen „Gothaer Volksblatt“ erschien anlässlich der gerichtlichen Verurteilung eines politischen Redakteurs eine scharfe Kritik am Urteil der Strafkammer des Gothaer Landgerichts. Diese Ausführungen wurden von dem damals amtierenden Richter als beleidigend empfunden. Beide Redakteure des „Gothaer Volksbl.“, die Genossen Seithner und Scherz, hatten sich jetzt vor dem

Schöffengericht zu verantworten. Der Anklagevertreter beantragte, beide Angeklagte zu je einer einmonatigen Gefängnisstrafe zu verurteilen, weil der inkriminierte Artikel in der Absicht, zu beleidigen, geschrieben sei, und die Veröffentlichung erfolgt wäre, um der Strafkammer ein auszuweichen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Levi, Frankfurt a. M., machte der Anklagebehörde zum Vorwurf, daß sie nicht hätte feststellen können, welcher von beiden Angeklagten als verantwortlich für den Artikel gemeldet hätte. Eine Solidarhaftung könne nicht geben und im Zweifelsfalle seien beide Redakteure von der Anklage freizusprechen. Der Gerichtshof fällte folgendes Urteil: Objektive liegt eine Beleidigung vor, der Herr Staatsanwalt habe aber gar keinen Versuch gemacht, bei dem Angeklagten die Absicht der Beleidigung festzustellen. Dies sei erforderlich. Das Urteil laute deshalb auf Freisprechung.

Aus Industrie und Handel.

Die Reichsbank im Jahre 1914.

Die Reichsbank stellt in ihrem Bericht zunächst fest, daß das Wirtschaftsjahr zu Beginn des Berichtsjahres noch im Zeichen der Abschwächung der Konjunktur stand. Bald darauf aber eröffnete sich, unterstützt durch die flüssige Gestaltung des Geldmarktes, die Aussicht, daß der Stillstand im Wirtschaftsleben einem neuen Aufstiege Platz machen würde. Die Reichsbank konnte ihren Diskont bereits am 1. Januar von 5 auf 4 1/2 Proz. und am 5. Februar auf 4 Proz. erniedrigen. Es hatte auch den Anschein, als ob die am Kapitalmarkt seit langem bestehende Anspannung sich allmählich lösen würde; das Börsegeschäft entwickelte sich zeitweise lebhafter, verschiedene Emissionen konnten mit gutem Erfolge herausgebracht werden. Der plötzliche Ausbruch des Krieges brachte dem Ende Juli eine völlige Umgestaltung der Verhältnisse und führte die Reichsbank vor ungenau doppelter Art: dem Reiche waren die für die Mobilisierung erforderlichen Gelder zur Verfügung zu stellen, dem außerordentlich gesteigerten Bedarfs des privaten Verkehrs an Zahlungsmitteln und Kredit mußte entsprochen werden.

Nach diesen einleitenden Worten zählt die Reichsbank die Änderungen der bankgesetzlichen Vorschriften auf, die durch den Krieg notwendig wurden: Am den Goldschatz vor einer Schwächung durch Goldentziehung, insbesondere spekulativer Art, zu schützen, wurde die Reichsbank von der Verpflichtung zur Noteneinführung befreit; Schabanweisungen und Wechsel des Reichs mit einer Laufzeit von höchstens drei Monaten wurden als bankmäßige Deckung anerkannt, damit dem Reiche in einer dem Wesen und der Bestimmung einer Notenbank entsprechenden Form ohne Beeinträchtigung der Sicherheit der Anlage weitgehendster Kredit gewährt werden konnte; das Darlehenslauseingefolge gründete ein selbständiges, neben der Reichsbank stehendes Kreditinstitut für den Lombardverkehr, dessen Kassenscheine im Sinne des Landesgesetzes des Reichslandes gleichgestellt werden durften, zumal da für sie neben dem Reich die Darlehensschuldner der Darlehensstellen und die von den Schuldnern verpfändeten Werte hafeten.

Auf der durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen geschaffenen Grundlage gelang es der Reichsbank, die an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen. Die Versorgung des Heeresbedarfes mit Zahlungsmitteln und des Verkehrs vollzog sich glatt, und die letzten Schwierigkeiten in dieser Hinsicht konnten durch Ausgabe der kleinen Darlehenslauseingefolge (zu 1 und 2 M.) beseitigt werden. Der Kreditbedarf des Reichs wurde zunächst in der Hauptsache durch Diskontierung von Schabanweisungen gedeckt, da die Anleihebegebung ja erst im Herbst vorangetrieben ging und dann allerdings, wie bekannt, einen alle Erwartungen übersteigenden Erfolg hatte. Dieser Erfolg übertraf deshalb alle Erwartungen, weil nicht weniger als 4480 Mill. M. gezeichnet wurden, ferner aber auch deshalb, weil schon beim ersten Zahlungstermin 2420 Mill. M. oder 688 Mill. M. mehr als fällig waren, zur Einzahlung gelangten. Und diese große Zahlung, die niemals von einem Volke in so kurzer Zeit geleistet worden ist, vollzog sich, soweit erkennbar, ohne jede größere Störung des Geldmarktes.

Neben den Anforderungen des Reichs kamen für die Reichsbank die ganz außerordentlichen Kreditansprüche des Verkehrs in Betracht. Durch den Ausbruch des Krieges wurde das ganze Kreditgebäude einer kühnen Belastung ausgesetzt. Es gelang der Reichsbank, das in der ersten Erregung beim Kriegsausbruch geschädigte Vertrauen schnell wieder herzustellen. Die Zahlungsmittelnot und die Kreditnot waren bald geschwunden, und in ersaunlicher Organisationsfähigkeit begann die Wirtschaftsaufbauarbeit in Deutschland sich mit Erfolg für die neuen, durch den Krieg geschaffenen Aufgaben und Verhältnisse umzugestalten. Die Beschäftigung hob sich ständig, die Arbeitslosigkeit nahm ab, und auch der Geldmarkt gestaltete sich günstig, wodurch die schon erwähnte Ausgabe der ersten Kriegsanleihe wesentlich unterstützt wurde.

Über die Geschäftsentwicklung bei der Reichsbank im Jahre 1914 ist im einzelnen folgendes zu bemerken:

Der Reichsbankgang und der Durchschnitt im Durchschnitt auf 4,887 Proz. für Wechsel und 5,887 Proz. für Lombarddarlehen gegen 5,885 Proz. und 6,885 Proz. im Durchschnitt des Jahres 1913. Der Gesamtumsatz der Reichsbank betrug im Jahre 1914: 521 775 470 200 M. oder 99 485 763 000 M. mehr als im Jahre zuvor. Der Goldbestand der Reichsbank, der sich am 31. Juli 1914 auf 1836 Millionen Mark belief, sank bis zum 31. Juli, im Zusammenhang mit den Kriegsvorfällen, auf 1268 Millionen M. Infolge der Hebung des Reichsnotenschatzes in Höhe von 120 Mill. Mark und der besonderen Goldreserve in Höhe von 55 Mill. M. sowie infolge nicht unbedeutender Zuflüsse aus dem Ausland, hob sich dann der Goldbestand der Reichsbank nach Ausbruch des Krieges bis zum 7. August auf 1477 Mill. Mark. Doch er in der Folge durch Zufuß aus dem heimischen Verkehr ständig getriggen ist, darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden; er erhöhte sich bis zum Jahresende auf 2002 Mill. Mark und ist inzwischen nach dem Ausweise vom 23. März bis auf 2329,9 Mill. Mark angewachsen.

Den höchsten Metallbestand (Gold und Silber) hatte die Reichsbank am 31. Dezember mit 2129,6 Mill. M., den niedrigsten am 7. Januar mit 1488,6 Mill. M. Durchschnittlich stellte sich der Metallbestand im Jahre 1914 auf 1716,4 Mill. M., oder um 365,7 Millionen Mark höher als im Durchschnitt des Jahres 1913.

Was das Wechselkonto betrifft, so hatte dieses sich während der ersten 7 Monate verhältnismäßig sehr niedrig gehalten. Der in der letzten Juliwocde einsehende außerordentliche Bedarf brachte bis zum 31. Juli eine Erhöhung des Wechselbestandes um 1380 Millionen Mark. Zu dem Kreditbedarf des Verkehrs trat dann der Kreditbedarf des Reichs, so daß die bankmäßige Deckung anwuchs und den höchsten Bestand mit 4755 Millionen Mark am 30. September erreichte. Im Zusammenhang mit den Zahlungen auf die Kreditanleihe sank die bankmäßige Deckung dann bis zum 7. November auf 2642 Millionen Mark, um allmählich bis zum Jahresabschluss auf 3008 Millionen Mark anzusteigen.

Der Notenumlauf erfuhr in den Friedensmonaten keine ungewöhnlichen Veränderungen; nach dem Kriegsausbruch stieg er erheblich. Durchschnittlich waren im Jahre 1914 2917,8 Millionen Mark Banknoten im Umlauf, oder 950,4 Millionen Mark mehr als im Durchschnitt des Jahres 1913. Die bis zum Kriegsausbruch bestehende Stützgrenze wurde dreimal überschritten. Die zu entrichtende Notensteuer beläuft sich auf 1,04 Millionen Mark gegen 3,67 Millionen Mark im Jahre 1913.

Der Gesamtgewinn der Reichsbank im Jahre 1914 betrug 133 298 813 M. gegen 83 452 650 M. im Jahre 1913. Die Verwaltungsstellen beliefen sich auf 24 848 375 M. (23 591 775). Für Vorkostenanfertigung wurden ausgegeben 2 802 048 M. (3 204 056). An den preussischen Staat waren zu zahlen 1 865 780 Mark (wie im Vorjahre). Nach Abzug der schon erwähnten Rückstellungen, Notensteuer usw. ergibt sich ein Reingewinn von 97 010 893 M. (90 615 079). Die Dividende der Anteilhaber

beträgt 10,24 Proz. (1913 8,43). In den Reservefonds gehen 6 071 069 M. (4 481 507). Das Reich erhält (außer dem Betrag der bereits erwähnten Notensteuer) vom Gewinn 42 497 455 M. (31 020 555).

Höchstpreise für Schweinefleisch in Dänemark.

Die dänische Regierung hat, wie der „Allgemeinen Fleischerzeitung“ aus Kopenhagen telegraphiert wird, den Höchstpreis für das P und Schlachtgewicht von Schweinen in ganzen oder halben Tierkörpern auf 78 Dore (= 80 Pf.) festgelegt. Die täglichen Notierungen fallen demgemäß weg. Der Höchstpreis wird gewöhnlich einmal wöchentlich festgesetzt.

Die Einlagen in russischen Reichssparlassen wuchsen laut „Rigaische Zeitung“ vom 17. 3. im Februar 1915 um 44 Millionen Rubel, der Gesamtbestand erreichte 2 Milliarden.

Berichtszeitung.

Ueberschreitung der Kartoffelhöchstpreise.

Anklagen wegen Vergehens gegen die Verordnung des Oberkommandos über die Höchstpreise im Kartoffelhandel kommen jetzt tagtäglich zur Verhandlung vor den Strafkammern. Gestern wurden in den verschiedenen Zimmern des Kriminalgerichtsgebäudes nicht weniger als neun Strafsachen dieser Art verhandelt. Die angeklagten Kartoffelhändler und -händlerinnen wurden in allen Fällen zu teilweise ganz empfindlichen Geldstrafen verurteilt.

Entwendung von Lederflecken.

Gelegenheitsdiebstähle im Bekleidungsamt des 3. Armeekorps in Spandau führten den Arbeiter Ferdinand Monien auf die Anklagebank der Strafkammer des Landgerichts III. Mit ihm hatte sich der Schuhwarenhändler Ludwig Zajec in Spandau wegen Diebstahls zu verantworten.

Monien hatte Arbeit im Bekleidungsamt bekommen und diese Gelegenheit benutzte, um an zwei aufeinanderfolgenden Tagen im Februar 25 bzw. 50 Paar gestanzte Lederflecken, wie sie die Heeresverwaltung für die Haken der Soldatenstiefel braucht, verschwinden zu lassen. Nachdem er sie vergeblich einem Schuhmacher angeboten hatte, der sie nicht annahm, wurde er in einer Filiale des zweiten Angeklagten zu außerordentlich billigen Preisen los. Die Anklage stand auf dem Standpunkt, daß J. die Ware nicht hätte behalten dürfen, da ihm gar nicht zweifelhaft sein konnte, daß die Flecken aus einem Heeresinstitut stammen mühten, weil es im privaten Ledergeschäft gestanzte Flecken nicht gibt. Der Angeklagte Monien wurde zu 9 Monaten, Zajec zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 186 der preussischen Armee enthält folgende Truppen:

- General-Kommando des 1. Armeekorps, Kadett-Kompagnie, Stab der 31. Inf.-Division und der 37. Landw.-Inf.-Brigade; 1., 2., 3. und 4. Garde-Inf.-Reg.; 2. Garde-Inf.-Reg.; Garde-Grenadier-Regiment Alexander, Franz, Elisabeth und Augusta; Garde-Füsilier-Reg.; Garde-Res.-Schützen-Bat.; Lehr-Inf.-Reg.; Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regiment Nr. 3, 5, 6, 9, 11, 13, 14, 16, 26, 30, 31, 32, 33, 37, 40, 41, 43, 48, 49, 54, 56, 58, 59, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 70, 72, 85, 87, 92, 93, 98, 99, 100, 111, 112, 113, 117, 118, 128, 129, 130, 132, 135, 136, 141, 149, 151, 152, 153, 155, 157, 158, 160, 162, 164, 165, 166, 172, 173, 174; Inf.-Regiment Nr. 1, 2, 3, 7, 8, 9, 11, 15, 16, 18, 19, 21, 22, 23, 27, 28, 29, 30, 34, 36, 39, 43, 49, 51, 61, 65, 67, 74, 76, 78, 87, 93, 98, 100, 111, 115, 130, 202, 212, 213, 214, 218, 221, 220, 231, 237, 251, 253, 272; Inf.-Regiment Gropp und Königsberg III; Inf.-Reg. Nr. 2; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 3, 5, 7, 10, 11, 13, 21, 22, 24, 25, 26, 27, 31, 39, 41, 75, 76, 81, 99, 110, 118; Ueberseemannmäßige Landwehr-Inf.-Bataillone Nr. 5 und 6 des 4. Armeekorps; Landw.-Inf.-Bat. Aulm; Brigade-Inf.-Bataillone Nr. 8, 76, 86; Landw.-Inf.-Bataillone II Braunsberg, III Rüniger; Jäger-Bataillone Nr. 2, 6, 14; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 2, 6, 9, 10, 15; Kadett-Komp. des General-Kommandos des 1. Armeekorps; Kadett-Komp. des 20. Armeekorps; 1. Ersatz-Kadett-Komp. des 20. Armeekorps.
- 3. Garde-Infanterie; Schwere Ref.-Reiter Nr. 1; Dragoner Nr. 2; Husaren Nr. 8; Inf.-Husaren Nr. 1; Jäger zu Pferde Nr. 2, 9, 10; Landwehr-Regiment Nr. 2 des 6. Armeekorps und Plant; 2. mobile Ersatz-Abdron des 20. Armeekorps; 3. Landwehr-Regiment des 6. Armeekorps.
- 3. Garde-Feldart. und Garde-Inf.-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regiment Nr. 2, 3, 4, 5, 15, 16, 17, 20, 25, 35, 38, 42, 55, 63, 67, 84; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 3, 11, 22, 65.
- Fußart.-Regiment Nr. 5, 9, 11; Ref.-Fußart.-Regiment Nr. 1, 4, 7, 8, 14, 20; Landwehr-Fußart.-Reg. Nr. 5; Ref.-Füsilier-Batterie Nr. 26; Landw.-Füsilier-Bat. des 30. und 2. Landw.-Füsilier-Batterie des 17. Armeekorps.
- Pionier-Regiment Nr. 18, 23, 25, 29; Pionier-Bataillone: II. Nr. 2, I. Nr. 4, I. Nr. 17, II. Nr. 21, II. Nr. 27, III. Nr. 28; Ref.-Pionier-Bataillone Nr. 32, 39; Pionier-Ersatz-Bataillone Nr. 9, 17, 21; 78. Ref.-Pionier-Komp.; 84. Ref.-Pionier-Kompagnie; 2. Landw.-Pionier-Komp. des 14. und 2. des 17. Armeekorps.
- Telegraphen-Bat. Nr. 5; Armeekorps-Telegraphen-Abt. Nr. 5; Fernsprecht-Abteilungen des 8. Reservekorps, des 14. Armeekorps und des 25. Reservekorps; Kommando der Kraftfahrtruppen der Armeekorps-Abteilung Goede.
- Landw.-Arbeiter-Kompagnie II Berlin.
- Sanitäts-Kompagnien Nr. 1 des 1., Nr. 3 des 11. sowie Nr. 1 und 3 des 20. Armeekorps; Lazarettzug Nr. 4.

Die bayerische Verlustliste Nr. 167 bringt Verluste des Inf.-Reg. Nr. 1, 4, 5, 6, 7, 9, 11, 12, 13, 17, 19, 21; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 2, 3, 5, 6, 11, 13, 14, 15, 19, 22; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 7; Landw.-Inf.-Bataillone Augsburg III und Kaiserslautern; 2. Feldart.-Reg.; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 1; 8. Fußart.-Reg.; Ref.-Füsilier-Reg. Nr. 2; 3. Pionier-Bat.; Minenwerfer-Abt. des 1. Reservekorps; 1. Munitions-Kolonnen-Abt. 2. Armeekorps; Art.-Munitionskolonne 4 (F.); Ref.-Art.-Munitionskolonne 6.

Die sächsische Verlustliste Nr. 126 bringt Verluste der Inf.-Regiment Nr. 104, 105, 106, 107, 133, 134, 177; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 101, 102, 103, 241, 244; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 104; Landw.-Inf.-Bataillone: Pirna, II. Dresden, Borna, 2. Leipzig; Inf.-Reg. Nr. 32; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 5, Landwehr-Brigade-Ersatz-Bat. Nr. 47; Ersatz-Bataillone: Inf.-Regiment Nr. 106, 177, Ref.-Inf.-Reg. Nr. 102, Reg. Leibniz-Korps, Ref.-Inf.-Reg. Nr. 104; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 104; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 12, 26; Feldart.-Regiment Nr. 12, 48, 68, 77, 78; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 23, 53; Letzte Feldw.-Abt., 12. Ref.-Armeekorps; Landw.-Feldbatterie des 10. Armeekorps.

Die württembergische Verlustliste Nr. 145 enthält Verluste des Inf.-Reg. Nr. 127. Die württembergische Verlustliste Nr. 146 bringt Verluste des Inf.-Reg. Nr. 120.

Aus Groß-Berlin.

Das Kuchenbackverbot.

Aus einer größeren Anzahl von Zuschriften geht hervor, daß noch immer eine große Unklarheit über das Kuchenbackverbot in den Kreisen der Hausfrauen besteht. Die verschiedenartigsten Kuchenrezepte werden uns unterbreitet, und unser Urteil verlangt, ob nach diesen Rezepten gebacken werden darf. Wir sehen uns daher veranlaßt, auf die Verordnung nochmals einzugehen. Sie lautet:

Auf Grund der §§ 34—36 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 25. Januar 1915 (Reichsgesetzblatt S. 35) wird mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde für den Bezirk der Stadt Berlin das Bereiten von Kuchen wie folgt eingeschränkt:

§ 1.

Hefe, Backpulver und ähnlich wirkende Mittel dürfen zum Bereiten von Kuchen nicht verwendet werden.

Kuchen darf an Roggen- und Weizenmehl insgesamt nicht mehr als 10 Proz. des Kuchengewichts enthalten.

Die Vorschriften dieses Paragraphen beziehen sich auf jede Herstellung von Kuchen, auch auf die in den Haushaltungen.

§ 2.

Vom 26. März bis 12. April 1915 ist das Bereiten von Kuchen in den Haushaltungen untersagt. In der gleichen Zeit dürfen Bäckereien, Konditoreien und ähnliche Betriebe Kuchen, der außerhalb ihres Betriebes hergestellt ist, nicht verkaufen.

§ 3.

Der Magistrat trifft die erforderlichen Ausführungsbestimmungen und ist berechtigt, in einzelnen Fällen Abweichungen zuzulassen.

§ 4.

Zu widerstandlungen gegen diese Verordnung werden gemäß § 44 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 25. Januar 1915 (Reichsgesetzblatt S. 35) mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Auch kann gemäß § 2 derselben Bekanntmachung die Schließung der Geschäfte angeordnet werden.

§ 5.

Diese Verordnung tritt mit dem 26. März 1915 in Kraft. Berlin, den 25. März 1915.

Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Wernuth.

Aus dem § 1 geht hervor, daß hiernach eine dauernde Einschränkung des Kuchenbackens erreicht werden soll. Es ist also dauernd verboten, Kuchen mit Hefe, Backpulver, Nisichornsalz, Natron und ähnlichen Mitteln herzustellen. Die bisher schon bestehende Vorschrift, daß Kuchen nicht mehr als 10 Proz. an Roggen- und Weizenmehl enthalten darf, ist aufrechterhalten worden. Diese dauernden Vorschriften gelten nicht nur für Bäckereien und Konditoreien, sondern auch für Haushaltungen.

Neben diesen dauernden Verboten steht nun noch das besondere Osterbackverbot. Danach ist den Haushaltungen vom 26. März bis 12. April das Backen von Kuchen völlig untersagt und den Bäckern das Ausbacken fremden Teiges.

Also auch Kuchen aus Kartoffelmehl oder noch anderen Zusammensetzungen darf nicht gebacken werden.

Zweckverband Groß-Berlin.

Zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges trat gestern die Vollversammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin wieder zusammen. Die Sitzung galt hauptsächlich der Beschlußfassung über den vorgelegten Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1915.

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Wernuth-Vorlin, eröffnete mit einer Ansprache, die auf den Krieg und die den Gemeinden aus ihm erwachene Fürsorgepflicht hinwies. Zur Erfüllung dieser Pflicht haben, führte er aus, die Gemeinden ihre Habe und ihre Arbeit eingesetzt, und sie werden auch ferner ihr Geld und ihr Blut geben. Er gedachte auch mit ehrenden Worten des im Felde gefallenen Verbandsvorstandes Bürgermeister Aufr-Bankow. Einen Nachruf widmete er ferner den verstorbenen Verbandsvorstandes Stadtdirektor Sach-Schönerberg, Stadtdirektor Fried-Berlin, Stadtrat Bürkner-Neußölln, Stadtrat Harder-Schöneberg, Stadtdirektor Grauer-Lichtenberg.

Einige im vorigen Jahr vollzogene Erziehungswahlen wurden jetzt nach dem Bericht des Wahlprüfungsausschusses für gültig erklärt.

Ergänzungswahlen zur Vollversammlung sind für 1915 zum ersten Male erforderlich. Alle drei Jahre muß die Hälfte der Vertreter samt Ersatzmännern ausscheiden. Für 1915 ist die ausschreibende Hälfte durch das Los bestimmt worden. Der Ergänzungswahlen muß das Beteiligungsergebnis der Verbandsglieder an der Vollversammlung nach den bei der letzten Personalauswahl ermittelten Einwohnerzahlen neu festgestellt werden. Der Verbandsausschuss hat, weil diesmal das Ergebnis der letzten Aufnahme nicht aus allen Gemeinden rechtzeitig vorliegen konnte, die vorläufige Aufnahme (vom Herbst 1913) zugrunde gelegt. Die Einwohnerzahl zeigt in Berlin eine Rückgang, im übrigen Verbandsgelände eine Steigerung. Für das Beteiligungsergebnis haben sich keine Verschiebungen ergeben. Von den Vertretern hat künftig Charlottenburg 1 weniger (9 statt 10), Wilmersdorf 1 mehr (4 statt 3), Lichtenberg samt dem früheren Völkchen-Rummelsburg 1 weniger (4 statt bisher zusammen 5), Bankow 1 mehr (2 statt 1). Die Ergänzungswahlen haben fast überall bereits stattgefunden. Die Vollversammlung nahm dies zur Kenntnis.

In den Verbandsausschuss wurde für Bürgermeister Aufr-Bankow Bürgermeister Dr. Will-Weissenhof hineingewählt. Für die Privatdienstverpflichteten des Verbandes, die zum Heere einberufen sind, aber nicht — wie Beamte — einen Rechtsanspruch auf Gehaltsweiterzahlung haben, wurde teilweise Weiterzahlung des Gehalts nach den für Berlin geltenden Grundätzen bewilligt.

Die vorgelegte Jahresrechnung für 1913, die mit 252 739 M. Einnahme und nur 100 046 M. Ausgabe abschließt, so daß 152 693 M. Bestand blieben, wurde dem Haushaltsausschuss zur Prüfung überwiesen.

Für die beim Verband angestellten Bureauassistenten wurde eine Gehaltskala, beginnend mit 2500 M. und endend nach 22 Jahren mit 4700 M., festgesetzt.

Der Haushaltsplan für 1915, der im Entwurf vorgelegt wurde, schließt in Einnahme und Ausgabe mit 323 836 M. ab. An den Ausgaben sind die Gehälter mit 258 438 M. besetzt. Das übrige sind Aufwendungen für Bureauanteile und Geschäftsbetriebskosten. Als Einnahmen werden erwartet der Bestand aus 1914 mit rund 100 000 M. und ein kleiner Betrag aus „Sonstigen“. Durch Umlage auf die Verbandsglieder sind diesmal 215 021 M. aufzubringen. Für den am 1. April 1915 zu übernehmenden Dauerwald ist ein Anhang beigegeben. Die

Einnahmen, hauptsächlich aus Holzverkauf und Pachtgebühren, und die Ausgaben, hauptsächlich für Verzinsung des Anlagendarlehens, für Begebanten, Kulturen, Steuern, für Gehälter der Förster und Aufseher, heben sich in Höhe von 659 000 M. auf. Der Verbandsausschuss erwartet, daß im ersten Jahre eine Belastung des Verbandes aus dem Dauerwald nicht eintritt.

Von Ausschüßberatung des Haushaltsplanes wurde in Rücksicht auf die besonderen Umstände der Kriegszeit abgesehen. Bürgermeister Wernuth gab namens der vom Verbandsausschuss eingesetzten besonderen Kommission, die den Haushaltsplan vorbereitet hatte, einige Erläuterungen. Besonders ist Ersparrung von Beamten angestrebt worden. In der Debatte ergriff nur Stadtrat Vicht-Schöneberg das Wort, um dem Verkehrs-Kontrollleur ein „sehr wachsameres Auftreten gegenüber dem Straßenbahnwesen“ zu empfehlen. Man müsse die Schwierigkeiten des Kriegszustandes anerkennen, aber mit der inzwischen wieder eingetretenen Aufwärtsentwicklung des Erwerbs- und Verkehrslebens habe die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft nicht Schritt gehalten. Der Verkehrs-Kontrollleur werde dafür zu sorgen haben, daß den Bedürfnissen des arbeitenden Groß-Berlin wieder mehr Rechnung getragen werde. Hiernach wurde der ganze Haushaltsplan angenommen.

Grundlage für die Umlage ist das Jahressteuerfoll der Verbandsglieder, das diesmal über 180 Millionen Mark beträgt. Gegenüber 1914 hat der Anteil an dem Steuerfoll und daher auch an der Umlage sich verringert, z. B. für Berlin von 57,59 Proz. auf 56,08 Proz., für Charlottenburg von 11,04 Proz. auf 10,89 Proz., für Schöneberg von 4,16 Proz. auf 4,42 Proz., für Neußölln von 3,06 Proz. auf 3,04 Proz., für Lichtenberg von 1,72 Proz. auf 1,67 Proz. usw., andererseits sich erhöht z. B. für Wilmersdorf von 4,66 Proz. auf 5,14 Proz., für Kreis Zeitow von 6,63 Proz. auf 7,07 Proz., für Kreis Niederbarnim von 3,00 Proz. auf 4,02 Proz. Die Vollversammlung nahm Kenntnis von diesem Verteilungsplan.

Die Straßenbahnverträge zwischen der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft samt Nebengesellschaften und der Stadt Wilmersdorf bzw. dem Verband Groß-Berlin bedürften nach Inkrafttreten des Verbandes einer Neuregelung. Nachdem diese jetzt endlich zustande gekommen ist, hatte die Verbandsvollversammlung darüber zu beschließen. Bürgermeister Peter-Bühner erklärte sich zufrieden mit dem Erreichten, wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt seien. Die Versammlung stimmte den neuen Verträgen zu, ebenso einem Vergleich zwischen den Vertragschließenden, der frühere Streitigkeiten beseitigt.

Die Stadt Schöneberg will gegen die Straßenbahngesellschaften wegen Streitigkeiten, besonders über Tarif- und Abgaberecht, klagen. Die Verbandsvollversammlung bewilligte ihr hierzu Rückübertragung der betreffenden Vertragsrechte.

Die Sitzung schloß mit einer Mitteilung des Verbandsdirektors Steiniger, der ein auf die nunmehrige Übernahme des Dauerwaldes bezügliche Dankschreiben aus dem Kabinett des Kaisers bekanntgab.

Zur Uebernahme der V. G. W.

Die Beratungen über die zu treffende Organisation, welche bei der Ueberführung der V. G. W. in die städtische Verwaltung erforderlich ist, stehen, wie das Nachrichtenbureau des Magistrats mitteilt, kurz vor dem Abschluß. Bei den Verhandlungen steht das Bestreben im Vordergrund, eine möglichst bewegliche, kaufmännischen Betrieben anzunähernde Handhabung der Geschäftsführung zu gewährleisten und deshalb der anzustellenden Direktion größtmögliche Freiheit der Verrichtung zu sichern.

Die Bierpreiserhöhung in Groß-Berlin.

Vom Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend wird über die angeforderte erneute Bierpreiserhöhung folgendes mitgeteilt:

Schon gelegentlich der ersten am 17. Februar d. J. in Kraft getretenen Bierpreiserhöhung um 2 M. pro Hektoliter, die einen teilweisen Ausgleich für die außerordentlich gestiegenen Preise der Rohmaterialien und aller Bedarfsartikel der Brauereien bilden sollte, haben wir darauf hingewiesen, daß die damals bereits geplante Kontingentierung der Brauereibetriebe eine weitere erhebliche Erhöhung der Bierpreise zur Folge haben müsse. Durch Verordnung des Bundesrats ist vom 1. März d. J. ab die Produktion der Brauereien um 40 Proz. des bisherigen Malzverbrauches herabgesetzt. Bei der Unmöglichkeit, die Getreidekosten auch nur annähernd im gleichen Verhältnis zu vermindern, wird die angeforderte abermalige Erhöhung der Bierpreise, und zwar um 5 M. pro Hektoliter, zu einem Gebot der Selbsthaltung. In gleicher Weise werden die Gastwirte durch die Maßnahmen der Reichsregierung auf das schwerste betroffen. Beide Gewerbe haben angesichts der Sachlage eine Verständigung gesucht und sich über eine Heraushebung der Verkaufspreise geeinigt. Dasselbe ist nur in dem zur Erhaltung der Existenz der Betriebe unbedingt erforderlichen Maße erfolgt, während der größere Teil der entstandenen Mehrkosten bei jenen verbleibt. Um so mehr geben sich Brauereien und Gastwirte der zurechtfindenden Erwartung hin, daß die vereinbarte Neuregelung der Preise in der Öffentlichkeit keinem Widerstand begegnet.

Ein Kind verbrannt.

Ein schweres Brandunglück hat sich am Sonntag in der Bärwaldstraße 60 im Süden Berlins zugetragen. Dort brach in der Wohnung des Kaufmanns Siegfried Levy ein kleiner Zimmerbrand aus, und eine Stoffsäule sprang auf ein Kinderbett, in dem das drei Monate alte Kind der Familie lag, über. Als man die Gefahr bemerkte, war das Kind schon fast verbrannt, so daß der Tod nach wenigen Augenblicken eintrat. Die Leiche wurde von der Feuerwehr der Polizei übergeben. Der Zimmerbrand ist vermutlich dadurch entstanden, daß aus einem geheizten Ofen glühende Kohlen herausfielen.

Tödlischer Unfall.

Ein schwerer Unfall hat sich vorgetan in der Rosstrich- und Effigabrit von Carl Enke in der Stallstraße 10 zugetragen. Als dort der Inhaber der Fabrik, der 64 Jahre alte Fabrikant Carl Enke, die Maschinen reinigen wollte und den Motor antief, wurde er von einem Treibriemen erfaßt und gegen die Triebwerke geschleudert. Dem Verunglückten wurde die Schädeldecke zertrümmert und der linke Oberarm zerplittert. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Sarrasani kommt wieder.

Nachdem der Direktor Stoß-Sarrasani im Januar sein Gastspiel beendet, weil es ihm angesichts der Kriegszeit nicht möglich war, ein entsprechendes artistisch-ärztliches neues Programm zusammenzustellen, hat er die Zwischenzeit dahin ausgenutzt, ein solches für sein am Sonntag, den 3. April, beginnendes neues Gastspiel aufzubringen. Mit großen persönlichen Opfern ist es gelungen, eine Schar von Künstlern zu verpflichten, deren Darbietungen eine Sensation für Berlin bilden dürften. Ein Programm von großer Abwechslung und Fülle wird der Eröffnungabend bringen. Die Vorstellungen beginnen um 7 1/2 Uhr abends. Der Vorverkauf befindet sich wie früher im Warenhaus Hermann Neß und an den Parkstraßen, die den ganzen Tag geöffnet sind. Die bisherigen Eintrittspreise bleiben bestehen.

Radrennen im Sportplatz, 28. März.

Die vom Deutschen Reinfahrer-Verband veranstalteten Vierzweigtägigen-Rennen brachten diesmal nur ein Drei-Stunden-Rennen, das von 15 Mannschaften bestritten werden sollte, allerdings in einer anderen Gruppierung als sonst. Jede halbe Stunde fand nach einem Spurt über 10 Runden eine Wertung nach Punkten statt, um das Rennen spannend zu gestalten, eine Maßregel, die sich glänzend bewährte, denn bei jeder Wertung gab es spannende Kämpfe, bei denen die Fahrer, durch die Zurufe der Anwesenden angefeuert, ihr Bestes gaben. Von den im Programm vorgesehenen 15 Paaren fehlten einige, so Jimm, Hensel, Hädel und Wehlig, die keinen Urlaub von ihren militärischen Vorgesetzten erhalten hatten, so daß nur 13 Mannschaften das lange Rennen bestritten, das sich wie folgt gestaltete:

Drei-Stunden-Rennen. Jede halbe Stunde eine Punktwertung. 400, 300, 200, 150, 100, 80, 70, 60, 50, 40 M. 13 Fahrer der Mannschaften Hoffmann-Händler, Kettelbed-Wehrnd, Kält-Pankle, Lorenz-Wehle, Stellbrink-Bauer, Stabe-Strupat, Arnold-Rädlich, Grünberg-Lemano, Krenzel-Gadisch, Müller-Göh, Kraemer-Auschow, Jangeran-Ademans, Hildebrandt-Saluppa begannen das Rennen, das zunächst ruhig verlief. Nach einem Vorlauf siegte Kält vor Lorenz, Hoffmann, Stellbrink, Wehrnd und Kraemer. Eine Stunde zurück blieben Kettelbed-Wehrnd, Stabe-Strupat, Arnold-Rädlich, Grünberg-Lemano, Krenzel-Gadisch, Kraemer-Auschow, drei Runden zurück: Hildebrandt-Saluppa; aufgegeben: Müller-Göh und Jangeran-Ademans.

Die zweite Wertung nach einer Stunde zeigt folgendes Ergebnis: Kält-Pankle (42 600 Kilometer) 2 Punkte, Lorenz-Wehle 5, Stellbrink-Bauer 6, Hoffmann-Händler 7, Kettelbed-Wehrnd 8, Stabe-Strupat 32, Kraemer-Auschow 33, Arnold-Rädlich 34, Krenzel-Gadisch 34, Hildebrandt-Saluppa 74 Punkte.

Die dritte Wertung nach 1 1/2 Stunden ergibt als 1. Paar Kält-Pankle mit 3 Punkten vor Lorenz-Wehle 7, Stellbrink-Bauer 10, Hoffmann-Händler 10, Kettelbed-Wehrnd 11, Kraemer-Auschow 33, Stabe-Strupat 34, Arnold-Rädlich 41, Grünberg-Lemano 41 und Krenzel-Gadisch 41 Punkte.

Die vierte Wertung nach 2 Stunden bringt folgendes Ergebnis: 1. Kält-Pankle 81 200 Kilometer mit 5 Punkten vor Lorenz-Wehle 10, Stellbrink-Bauer 11, Hoffmann-Händler 14, Kettelbed-Wehrnd 42, Kraemer-Auschow 45, Grünberg-Lemano 47, Arnold-Rädlich 48, Krenzel-Gadisch 48 Punkte. Aufgegeben: Stabe-Strupat.

Die fünfte Wertung nach 2 1/2 Stunden zeigt als Ersten wieder Kält vor Stellbrink, Hoffmann, Lorenz, Wehrnd und Grünberg. Stand: Kält-Pankle 6 Punkte, Stellbrink-Bauer 13, Lorenz-Wehle 14, Hoffmann-Händler 17, Kettelbed-Wehrnd 47, Kraemer-Auschow 52, Grünberg-Lemano 53, Arnold-Rädlich 55 und Krenzel-Gadisch 55 Punkte.

Es mußte das Ende. Kält konnte auch die letzte Runde als Erster beenden vor Hädel, Lorenz, Hensel, Bauer. Gesamtstand: 122 840 Kilometer. Wertung: 1. Kält-Pankle 7 Punkte, 2. Lorenz-Wehle 16 P., 3. Stellbrink-Bauer 17 P., 4. Hoffmann-Händler 20 P., 5. Kettelbed-Wehrnd 33 P., 6. Kraemer-Auschow 57 P., 7. Grünberg-Lemano 60 P., 8. Arnold-Rädlich 62 P., 9. Krenzel-Gadisch 102 Punkte. Kält-Pankle fuhr zum Schluß, mit Beschlag überhätet, eine Greenwunde.

Die Wertung nach Punkten gabte für den Ersten 1, den Zweiten 2 Punkte usw., für den Siebenten bis Dreizehnten je 7 Punkte.

Kleine Nachrichten. Längere Zeit tot in ihrer Wohnung gelegen hat die 50 Jahre alte Arbeiterin Marie Karowitz geborenen Karomin aus der Domewigstr. 86. Es wird vermutet, daß sie einer Alkoholvergiftung erlegen ist. Die Leiche war schon stark verwest. — Aus der Erde gelandet wurde am Sonntag die Leiche eines etwa 55 bis 60 Jahre alten unbekanntes Mannes, der seinem früheren nach wohl den Arbeiterkreisen angehört. Der Tote ist etwa 1,65 Meter groß und schlank, hat einen grauen Vollbart und graues Kopfsaar mit Glatze und trug einen dunklen Anzug mit Jagdtasche.

Eine Beschäftigung der Kloster-Kirche (O. Klosterstraße) nach einem Vortrag und unter Führung des Herrn Pfarrers Böhrer findet statt am Mittwoch, den 31. d. M., abends 8 Uhr. Lesung der Kirche 7 1/2 Uhr. Eintritt frei.

Aus den Gemeinden.

Stadtberatung in Niederschönhausen.

Die Gemeindevertretung genehmigte am Freitag der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1915/16. Vom Bürgermeister Abraham wurde darauf hingewiesen, daß es sich trotz größter Sparsamkeit nicht habe vermeiden lassen, den Zusatz zur Einkommensteuer um 10 Proz. zu erhöhen. Von einer Erhöhung der Grundwertsteuer sei Abstand genommen worden, da die Hausbesitzer schon durch die Mietaufschläge stark belastet wären. In längeren Ausführungen dankte der Bürgermeister allen denen, die in dieser schweren Kriegszeit ihre Kraft für die bedeutend vermehrten Gemeindeforderungen zur Verfügung gestellt haben. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 405 208 M. ab. An Steuern sind veranschlagt worden: Gemeindefunktionsteuer 284 500 M. (Vorjahr 230 000 M.); Realsteuern 366 500 M. (357 800 M.); Umlagesteuer 5000 M. (35 000 M.); Wertautoabgabensteuer 500 M. (3000 M.); Luftfahrzeugsteuer 500 M. (2000 M.); Biersteuer 8000 M. (10 000 M.); Hundsteuer 18 000 M. (20 400 M.). Die wichtigsten Kapitel setzen sich folgendermaßen zusammen: Allgemeine Verwaltung: Einn. 33 150 M., Ausg. 220 270 M.; Steuerverwaltung: Einn. 632 070 M., Ausg. 77 500 M.; Armenverwaltung: Einn. 20 350 M., Ausg. 53 100 M.; Volkshäuser: Einn. 20 350 M., Ausg. 23 800 M.; Höhere Schulen: Einn. 87 300 M., Ausg. 128 700 M.; Friedhofsverwaltung: Einn. 12 600 M., Ausg. 8800 M.; Straßenverwaltung: Einn. 22 850 M., Ausg. 118 500 M.; Wasserwerk- und Kanalisationsverwaltung: Einn. 158 000 M., Ausg. 152 100 M.; Polizeikosten 53 000 M. (im Vorjahr 44 000 M.). In der Debatte erläuterten unsere Vertreter die 300 M. für den Ortsauschuss für Jugendpflege zu streichen; es wurde beschlossen, nur 200 M. zu bewilligen und die übrigen 100 M. der Ferienkolonie zu überweisen. Am Schluß der Debatte betonten unsere Genossen, daß man nicht nur während der Kriegszeit die Arbeiterkraft zur Mitarbeit in der Kommune heranziehen möge, sondern daß man sich auch in der Friedenszeit ihrer erinnere. Hierauf entgegnete der Bürgermeister, daß das sein Bestreben auch nach dem Kriege sein werde. Hierauf wurde der Etat angenommen und damit der Steuerzuschlag von 130 Proz. auf 140 Proz. erhöht. Der Lebensmittelausschuss hat nunmehr an Dauerwaren eingekauft: Rindfleischkonserven für 18 150 M., Schweinefleischkonserven für 35 000 M., magerer Speck für 29 300 M., fetter Speck für 75 000 M., Schinken für 51 000 M. Ferner kommen noch hinzu 200 Tonnen Fertige für 9600 M., 10 Ballen Reis für 1001 M., 200 Kisten kondensierte Milch für 3500 M. Vom Einkauf des amerikanischen Schweinefleischs wurde Abstand genommen. Der Minister des Innern hat der Gemeinde mitgeteilt, daß er ihr zur Vermittlung dieser Ausgaben einen Staatskredit auf sechs Monate eröffnen will. Es wurde beschlossen, für die Summe von 160 000 M. diesen Kredit in Anspruch zu nehmen.

Kartoffelverkauf in Wilmersdorf.

Eine zweite Kartoffelverkaufsstelle hat jetzt die Stadtgemeinde in der städtischen Fischhalle, Berliner Straße 40, eingerichtet. Der Verkauf erfolgt nur gegen Kartoffelkarten, die in den Volkskommissionen zur Ausgabe gelangen. Es werden immer 20 Pfund Kartoffeln für eine Woche und zum Preise von 1,80 M. an die einzelnen Käufer abgegeben.

Abgabe von Saatkartoffeln in Köpenick.

Die städtische Felddeputation gibt an die Pächter des von der Stadt überlassenen Kartoffelandes vom 7. April ab Saatkartoffeln zum Preise von 5,75 bis 11 M. pro Zentner je nach Sorte ab.

Saatkartoffelanlauf in Schönow.

Die letzte Gemeindevertretung beschäftigte sich mit einem von unserem Vertreter in der vorhergehenden Sitzung gestellten Antrage, betreffend Einkauf von Speise- und Saatkartoffeln. Die

Herren Sellin und Kärnberg waren beauftragt worden Kartoffeln anzukaufen. Ersterer schilderte die Schwierigkeiten, die jetzt für den Einkauf von Kartoffeln bestehen. Speisefertige Kartoffeln waren nicht aufzutreiben, trotzdem sie ganz vollkommen bereiten, sondern nur Saatkartoffeln, magnum bonum, frühe Saatkartoffeln waren ebenfalls zu bekommen. Die Kartoffeln sollen in den nächsten Tagen eintreffen und sollen bei Ernte verkauft werden. Der Zentner kostet 5,50 M. Der Verkauf wird noch in ortsüblicher Weise bekannt gemacht.

Aus aller Welt.

Von dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Weill.
Das „Journal Officiel“, der Staatsanzeiger der französischen Republik, teilt mit, daß Georg Weill zum Dolmetscher-Offizier 1. Klasse für die deutsche Sprache befördert worden ist. Weill hatte sich als Freiwilliger für die Dauer des Krieges gemeldet, war als Grenadier im 102. Infanterie-Regiment eingezogen und bald darauf zur Disposition des Generalcommandos der 9. Region gestellt worden.

In den Flammen umgekommen.
Einer Meldung aus Kristiania zufolge brannten bei einer Feuersbrunst in Sandefjord vier Holzhäuser und drei Steinhäuser nieder. Zwei junge Mädchen sind in den Flammen umgekommen, 18 Geschäfte sind eingäschert. Der Schaden wird auf 800 000 Kronen beziffert.

Entwichene Kriegsgefangene.
Nach einer Meldung aus Königsbrunn sind dort vierzehn russische Kriegsgefangene, und zwar zwei Feldwebel, ein Unteroffizier und elf Mann, entwichen.

Parteiveranstaltungen.
Vierter Wahlkreis, Jugendsektion Am Mittwoch, den 31. März, findet in den Andreas-Feiern, Andreasstr. 21, der dritte Vortrag des Genossen Dunder über „Sozialistische Moral“ statt.
Am Karfreitag, den 2. April, findet eine Partie nach Waldsdorf, Platensee, Hübbersdorf, Erker statt. Fahrgeld 75 Pf. Treffpunkt 7 Uhr früh Schleichers Bahnhof Meppen, Ecke Wabakstraße.
Am Montag, den 5. April (2. Osterfeiertag), veranstaltet der Wahlverein in Döblos Neßfäden, Koppstr. 29, einen Liederaabend. Mitwirkende: Der Iblische Chor „Kamenlos“ (Chormeister Herr G. Iblis); Kl. M. Geier; Kl. Charlotte Neumann, Violoncello; Kl. Gertrud Neumann, Klavier. Eintrittskarten a 30 Pf. sind im Bureau des Wahlvereins, Straßauer Platz 10/11, sowie bei den Bezirksführern zu haben. Eröffnung 8 1/2 Uhr, Anfang 9 1/2 Uhr.
Mariendorf. Der dritte Vortrag des Genossen Reich über „Deutschlands Kolonialpolitik“ findet heute Dienstag, 1/2 Uhr abends, bei Dörsches, Chausseestr. 27, statt.

Frauen-Leseabende.
Nollweh. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Hende, Wallstr. 55.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.
Britz-Buckow. Mittwoch, den 31. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.
Sohnsdorf. Am Dienstag, den 30. März, 5 Uhr, im Lokal von W. Schulze.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Zuschuß und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenmitteilung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Togokrahe. 100. Ja, wenn derselbe gleichzeitig Inhaber des Militär-Ehrenzeichens 2. Klasse ist. Diese Bestimmungen gelten nur für Mannschaften bis zum Feldwebel einschließlich. — **Stenzel 100.** Dabei kann nur gegenseitige Vereinbarung getroffen werden. Eine bestimmte Summe anzugeben, ist nicht möglich, da diese, je nach der Verschiedenheit des Gebotenen, sehr schwankt. — **H. R. 93.** 1. Leibkavalieren in Danzig-Verlegung, zurzeit kein Chef. 2. Leibkavalieren Königin Victoria von Preußen, ebenda 2. Chef: Herzogin zu Braunschweig, Braunschweiger Husaren in Braunschweig, zurzeit ohne Chef. — **W. 3. 87.** Erkend ist richtig. — **C. 3. 153.** Nicht durch Gütervertragsvertrag sondern durch Erbvertrag oder Testament ist das zu bestimmen. Der Vertrag muß notariell oder gerichtlich gemacht werden. — **G. 11.** Wegen Fettleibigkeit landsturmpflichtig. Wegen Erkrankungen der Haut landsturmpflichtig. — **H. R. 8. Ja.** — **G. 15.** 1. Dem Vater und der Mutter gegenüber, nicht aber der Stiefmutter gegenüber besteht Erbverpflichtung. 2. Ja. Sie aber können keine Gegenforderungen stellen. — **H. G. 39.** Landsturm ohne Waffe, Arbeitslohn. Diese Bezeichnung ist nicht die gleiche, wie die von Ihnen unter 3. angegebene. — **H. R. 83.** Sie sind eben nicht selbst dienstfähig und werden schon Erbe bekommen, zu welcher Garnison Sie einberufen werden. 2. Wenn Sie das Geld bis 1917 zu liegen haben, können Sie Rückerstattung nicht eher verlangen. — **H. 100.** 1. Lungenleiden, zurückgestellt. Wenn Sie normal gemustert werden, können wir nicht wissen. 2. Sie haben auch davon gehört. Das geschieht aber in normalen Zeiten auch und erscheint uns nicht des besonderen Aufsehens wert. 3. Können wir jetzt nicht beantworten. — **H. G. 69.** Mit Ihren vielen Fragen müssen Sie in unsere Sprechstunde kommen. — **Zw. 41.** Ein Unterhaltungsanspruch besteht nicht. — **W. 2. 13.** Nein. — **W. M. 101.** Sie können nicht nur als Arbeitslohn eingezogen werden, sondern sind nach der Ausmusterung wegen Sprachfehlers landsturmpflichtig. Der einbehaltene Lohn wird Ihnen wegen Kontraktbruch nicht ausbezahlt. — **G. G. 200.** Sie haben 150 M. Arbeitslohnbestreuer zu zahlen. — **H. R. 39.** Wegen übermäßiger Fettleibigkeit dienstuntauglich und; wegen großer Fettleibigkeit landsturmpflichtig. — **H. 2. 2.** Die Schulbehörde kann für den Unfall nicht haftbar gemacht werden. — **W. 2. 39.** Die Zeichen kennen wir nicht. — **H. R. 108.** Den Fremdwörterverzeichnis können Sie nicht genehmigen werden mitzumachen. — **H. 2.** Sie werden sicher noch einmal gemustert. — **H. 30. 1.** Nein. Dafür bekommen Sie, doch Ihre Unterthänung. 2. Von einer solchen Prämie ist uns nichts bekannt. — **H. 2. 32.** Lungenkrank, zurückgestellt. Wenn Sie zum Unterhalt der Mutter beitragen haben, hat Sie Anspruch auf Unterthänung. — **H. 100.** Dafür gibt es keinen bestimmten Satz. — **G. G. 6.** Lungenkrank, zurückgestellt. — **H. 152.** Sie sind verpflichtet, die Versicherungsprämie an die Krankenkasse zu zahlen und können Ihren Beitrag, der bis 1918 geht, erst dann rückständig kündigen. — **H. 100.** 1. Auf Grund Ihres Unterthänungscheins erhält der Bruder die Unterthänung für Ihre Kinder von Berlin. 2. Schulgeld müssen Sie zahlen.

Eingegangene Druckschriften.

Schicksale einer Vertriebenen in Frankreich. Von ihr selbst erzählt. Herausgegeben von R. Venedard und P. Rammengießer. Wochs. 40 Pf. Straßburger Verlagsanstalt vorm. R. Schulz u. Co., Straßburg i. El.

Der Völkerring. Heft 21 und 22. Eine Chronik der Ereignisse seit dem 1. Juli 1914. Einzel. 30 Pf. R. Hoffmann, Stuttgart.

Zur belgischen Frage. Von Dr. P. Schwald. Brosch. 80 Pf. G. Stille, Berlin NW 7.

Gesundheitspflege in Feld und Heimat. Von Dr. Engelen. 50 Pf., geb. 75 Pf. D. Gmelin, München.

Aus deutschem Süden. Kriegsbildblätter. 3. Heft. 25 Pf. Verlag Reich u. Otto, Konstanz.

Im Kampf um unsere Zukunft. Von Prof. Dr. R. Spahn. Brosch. 60 Pf. — Staatsbibl. Heft 59. Ägypten. Verfassung, Verwaltung, Volkswirtschaft. Von Dr. G. Wehberg. — Heft 60. Die

Mourchoffstr. Von Dr. G. Wehberg. Einzel. 40 Pf. Volkswirtschafts-verlag, R. Glöckner.

„Wilde Gemüse“. Anweisung zum Sammeln und Zubereiten. Mit Verzeichnis und Bildern von R. B. Bindel. Preis 10 Pf., 12 Stück 1 M. Buchvertrieb Karl Peters, Magdeburg.

Wöchentlich Marktbericht der holländischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Gebührligkeit.) Rotterdam, den 29. März 1915. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg, Echtenfleisch la 85—98, do. Ha 75—85, do. Ma 65—77; Bullenfleisch la 79—86, do. Ha 75—78; Rinde, fett 72—77, do. mager 54—64, do. dänische 50—60; Pfeffer 60—73, Pfeffer, dänische, 58—66, Bullen, dänische, 60—72; Kalbfleisch, Doppellender 128—133; Kalbfleisch la 90—115, do. Ha 58—80; Rindfleisch, gen. 00—00; Hammelfleisch: Nollnummer 100—105; Hammel la 94—99, do. Ha 89—94; Schote 95—100. Schweinefleisch: Schweine, fetter 00—00, fetter 95—118, dän. Sauen 73—78, dän. Schweine 80—90. — Gemüße, inländisches: Kartoffeln, Daberde 50 kg 0,00; weiße Kartoffeln 0,00; Magnum bonum 0,00—0,00; Bollmann 0,00; Barre, Schod 2,00—3,00; Sellerie, Schod 5,00—10,00; Spinat 50 kg 18,00—24,00; Mohrrüben 7,00—8,00; Wirsinglohl Schod 9,00—15,00; Wirsinglohl 50 kg 9,00—10,00; Weizlohl Schod 9,00—15,00, Weizlohl 50 kg 10,00—11,00; Rostlohl, Schod 9,00—16,00; Rostlohl 50 kg 10,00 bis 12,00; Grünlohl 50 kg 14,00—18,00; Rostlohl Schod 6,00—14,00; Zeltower Rüben 50 kg 16,00—20,00, Wärfliche Rüben 50 kg 10,00—18,00, Wolllohl 50 kg 30,00—35,00, Meerrettich Schod 7,00—14,00; Petersilienwurzel Schodbund 4,00—6,00; Intebeln 50 kg 17,00—18,00, Khabarber, Hamburger, 100 Bund 6,00—14,00, Radieschen Schodbund 3,00, Waldmeister Wandel 1,50—1,80, Apfelsinen: Italienische 50 kg 12,00—18,00, dito 200 St. 12,00—14,00, dito 300 St. 13,00—16,00, Murcia 200 St. 15,00—18,00, dito 300 Stück 13,00—19,00, Messina 100 St. 11,00—14,00, 200 St. 12,00—14,00, 300 St. 10,00—15,00, Messina Blut 80 St. 8,50—9,00, do. 100 St. 7,00—9,00, do. 150 St. 8,00—11,00, Spanische 420 St. 28,00—35,00, do. 714 St. 37,00—40,00, do. 1061 St. 37,00—41,00; do. 420 St. large 30,00—40,00.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmittag: Im Süden trocken und vielstark heiter, im Norden langsame Zunahme der Bewölkung und später an vielen Orten, besonders an der Küste, geringe Niederschläge; Temperaturen um den Gefrierpunkt schwankend.

Reichel's Erber
„Medico“ Wacholder-Extrakt
Ein vielseitig erprobtes u. wirklich bewährtes Naturheilmittel von gründlich blutreinigender Wirkung, das auf alle Organe einen ungemein wohltätigen Einfluss ausübt. Unendlich viele Erfolgsberichte bestätigen die überaus heilsame, oft wunderbare Wirkung des Extrakts speziell bei Rheumatismus, Nieren-, Blasen- u. Frauenleiden, Wechseljahrsstörungen, Haut- u. Pämorrhoidalleiden sowie Magen- u. Darmleiden. — Ärztlich berodnet — M. 1,50 u. 2,50, für längeren Gebrauch, große Kanne (sehr vorteilhaft) M. 6.25. Garantiert rein u. frisch, aber echt nur in Originalpackungen mit Marke „Medico“ u. meiner Firma. In den Drogerien u. Apotheken erhältlich, wo nicht, wende man sich an Otto Reichel, Berlin 49, Eisenbahnstr. 4. Fernspr.: Wpl. 4761-4763. Man achte scharf auf Marke „Medico“ u. meine Nachahmungen.

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfz.

Extrablätter: Dellenverlauf, Bälge-verkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Festgedenke, Steppdecken, Wäschebuden, Goldschaden, Pelzschaden, Wandbuden, Tischschaden, Nischen-auswahl, Herrmannzüge, Herrmannpaleis, Herrmannhofen, Damen-garderoben, Pfandfleischhaus, Herrmannplatz 6.

Infolge der am 1. März d. J. in Kraft getretenen staatlichen Beschränkung der gesamten deutschen Biererzeugung auf 60% des bisherigen Malzverbrauchs (Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1915, Reichsgesetzblatt Seite 97), der Beschlagnahme der Gerstenvorräte und der weiteren gewaltigen Preissteigerung aller Rohmaterialien, insbesondere des Malzes, haben zwischen den Brauereien Berlins und der Umgegend und Vertretern aller Gastwirtsverbände eingehende Verhandlungen über die sich aus der Lage ergebenden notwendigen Maßnahmen stattgefunden. In den Verhandlungen hat sich im Interesse der Fortführung der Brauindustrie und der Aufrechterhaltung zahlreicher Betriebe des Gastwirts-gewerbes und des Zwischenhandels die Notwendigkeit einer nochmaligen erheblichen Preiserhöhung um 5 Pfennig für das Liter Fass- und Flaschenbier ergeben, so daß die Erhöhung gegenüber den Anfang Februar d. J. üblichen Bierpreisen insgesamt 7 Pfennig für das Liter beträgt. Infolgedessen tritt gleichzeitig eine Steigerung der Ausschankpreise ein. — Die erhöhten Verkaufs-

und Ausschankpreise treten im Einverständnis mit den Vertretern aller in Frage kommenden Gastwirtsverbände am in Kraft. — Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß auch das konsumierende Publikum die unter dem Zwange der Verhältnisse vereinbarte Neuregelung der Verkaufs- und Ausschankpreise als berechtigt anerkennen und ihre Durchführung unterstützen wird.

Donnerstag, den 1. April 1915

Die gemeinsame Kommission der Berliner Brauereien und Gastwirtsverbände.

Berlin, den 29. März 1915.

Meinem lieben, treuen Kameraden
Ferdinand Tietz
zu seinem heutig. Geburtstag die herzlich. Glückwünsche.

Spezialarzt
J. Gant, Frau, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintränke jeder Art, Ehrlich Gata - Turen in u. Co. Konz. Laborat. 1. Platz unterführung, 1. Platz u. Gant u. Gant, gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum Str. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neudölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Uede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr.

Mittwoch, den 31. März 1915, abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45:

Mitglieder-Versammlung der Gold- und Silberarbeiter u. verwandten Berufsgenossen.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Max Schütte über: „Heinrich Heine.“ 111/14
2. Verbands- und Branchengelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Der Feiertage wegen bleibt das Bureau an folgenden Tagen geschlossen:
Sonnabend, den 3. April, nachmittags,
Montag, den 5. April, den ganzen Tag,
Dienstag, den 6. April, nachmittags.
Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiter-Verband: Verband d. Maler u. Lackierer
Metallarbeiter-Verband: Verband der Sattler

Mittwoch, den 31. März 1915, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 14/15 (großer Saal):

Versammlung aller Kollegen der Wagen- u. Karosseriefabriken.

Tagesordnung:
Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere Tarifvorlage.
Bollzähliges Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich. 111/15

Um 7 Uhr findet im Saal 5 am gleichen Tage eine Konferenz der Ausschussmitglieder und Vertrauensleute aller Betriebe statt.

Die Ortsverwaltungen.